

Gegenwartsaufgabe
der Gewerkschaften

und die

„5 Stuttgarter Forderungen“,

der

„Offene Brief der V. R. P. D.“

u. a.

von

Robert Ditzmann

Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.



Druck und Verlag:
Genossenschaftsdruckerei „Volksrecht“, Frankfurt am Main
Große Friedbergerstraße 32.

38/80/40 973 (4) Flr

Masterfiche
vorhanden



Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
1. Einleitung	3
2. Die politische Krise	3
3. Die wirtschaftliche Krise	7
4. Krise innerhalb der Arbeiterbewegung	8
5. Was haben wir bei unserer Tätigkeit zu beachten	9
6. Befehgeberische Aufgaben	14
7. Die Ernährungsfrage	16
8. Das Wohnungsproblem	17
9. Sozialisierung des Bergbau u. a.	18
10. Einstellung auf sozialistische Wirtschaft	19
11. Der Sozialismus eine internationale Frage	20
12. Industrie-Verbände	22
13. Eine Arbeiter-Akademie	23
14. Neuwahl der Betriebsräte	25
15. Aktionen	25
16. Die Stuttgarter Forderungen u. a.	26
17. Der Offene Brief der V. R. P. D.	28
18. Die geschlossene Front	31

1. Einleitung.

Werte Kollegen! „Die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften“ sind es, die uns heute beschäftigen sollen. Es ist nicht nur eine Frage, die allgemeines Verbandsinteresse beansprucht, sondern die Frage steht zu Recht im Vordergrund des allgemeinen Gewerkschaftslebens wie der Arbeiterbewegung überhaupt und sie ist nicht nur aktuell für die deutschen Gewerkschaften, sondern zugleich für das internationale Proletariat.

Die Bedeutung der Frage, die wir erörtern wollen, wird dadurch gekennzeichnet, daß wir uns gegenwärtig in einer dreifachen ersten Krise befinden. Es ist einmal die inner- und außerpolitische Krise, die vor allem für uns in Deutschland in Frage kommt, es ist zum zweiten eine wirtschaftliche Krise, die sich immer mehr und mehr zu einer Weltkrise auswächst und es ist drittens eine Krise im ersten Stadium innerhalb der Arbeiterbewegung selbst. Das wollen wir uns von vornherein vor Augen halten.

Wenn wir nun daran gehen, diese Fragen zu behandeln und im Zusammenhang damit auch andere Forderungen zu prüfen haben, die von verschiedenen Seiten an uns gestellt werden, nämlich, daß wir die und die Punkte im Aufgabenkreis der Gewerkschaften in den Vordergrund unserer Aktionen stellen müssen, dann ist es notwendig, daß wir zunächst in kurzen Rückblick den Gang der Entwicklung bis zur Stunde feststellen; untersuchen was war und ist, um daraus zu ersehen, wie wir die Aufgaben meistern können, zu denen wir als Gewerkschaften berufen sind.

2. Die politische Krise.

Zunächst ein paar Worte zur Skizzierung der politischen Krise. Nach meiner Auffassung kann es sich hier nicht darum handeln, politische Streitpunkte der Vergangenheit im einzelnen aufzurollen, oder diese in den Vordergrund zu stellen, sondern es kommt in erster Linie darauf an, festzustellen, wie weit sind wir zur Zeit und wo stehen wir? Der Weltkrieg liegt hinter uns. Auf den Weltkrieg folgte die Revolution. Ueber ihre Bewertung spreche ich heute nicht. Hatten wir nur die Tatsache fest, daß nach der Revolution die Volksbeauftragten die Regierung in die Hand genommen hatten. Kurz nach der Inbesitznahme der politischen Macht

durch die Arbeiter- und Soldatenräte kamen die Wahlen zur Nationalversammlung. Sie brachten keine sozialistische Mehrheit. Es folgte eine Periode der Koalition zwischen Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten. Diese dauerte bis zur Reichstagswahl im Juni vorigen Jahres, die wiederum dem sozialistischen Gedanken keinen Fortschritt brachten. Die bürgerlichen Parteien, die Deutsche Volkspartei und vor allen Dingen die Deutschnationalen, die die Politik der Junker der Vorkriegszeit fortsetzten, zogen stärker in den Reichstag ein, als in die Nationalversammlung. Es liegt durchaus in der politischen Entwicklung, daß nach der Zusammensetzung des neuen Reichstags die Rechtsparteien mit jedem Tag ein dreisteres Auftreten belieben. Sie, die sich in den ersten Monaten nach der Revolution nur bescheiden hervordrängten, sind es, die nun seit Monaten mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit ihrem Klassenstandpunkt Geltung zu verschaffen suchen und ebenso rücksichtslos jede berechnete Forderung der Arbeiter einfach ablehnen. Diese Symptome sind wohl für uns unbestritten. Wenn wir den Kapitalismus, der in den bürgerlichen Parteien seine Vertreter findet, heute in seinem ganzen Auftreten gegenüber den ersten Monaten nach der Revolution betrachten, so ist für uns kein Zweifel, er glaubt sich fest im Sattel und meint heute triumphieren zu können.

In außenpolitischer Hinsicht will ich Sie nur darauf hinweisen, daß nicht nur in Deutschland die Reaktion versucht, wieder in die Höhe zu kommen, sondern wir sehen auch in verschiedenen andern Ländern die gleiche Tendenz. Ich darf wohl auf die Verhandlungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in London aufmerksam machen, wo wir zum Kampfe gegen die Reaktion in den einzelnen Ländern Stellung genommen haben, und wo festgestellt worden ist, daß die Reaktion nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern ihr Haupt wieder erhebt; besonders charakteristisch in Ungarn, aber auch in Italien, Frankreich, Spanien und andern Ländern. Das Symptom der internationalen Reaktion erkennen wir mit aller Deutlichkeit in der Verurteilung der ehemaligen Volksbeauftragten in Ungarn, wo gegen eine ganze Reihe proletarischer Vertreter aus der Zeit der Räterepublik Todesurteile gefällt worden sind, die nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern den schärfsten Protest des internationalen Proletariats hervorrufen, und es ist unsere Pflicht, daß in allen Ländern mit allen Möglichkeiten auf die Regierungen eingewirkt wird, um die Vollstreckung des Schreckensurteils zu verhindern.

Wenn ich nach dieser Abschweifung wiederum auf Deutschland zurückkomme, so darf vielleicht als Symptom hervorgehoben werden, daß die Regierung in Bayern durch ihr Verhalten wohl den Beweis einer reaktionären Auffassung vom reinsten Wasser geliefert hat. Es liegt in der Hand des Proletariats, ob es die Pläne der Reaktion zu nichte machen will oder nicht. Besondere Symptome zeigen sich auch auf dem Gebiete der Justiz. Was für Ungarn gilt, trifft im bestimmten Sinne auch für Deutschland zu. Ich erinnere nur an den Prozeß gegen die 15 Würzburger Studenten, an das Urteil gegen den Hutar Runge und so manche andere Mordgesellen, an die Morde von Rosa Luxemburg, Liebknecht, Haase u. a. Alles Vorkommnisse, die auf das Konto der reaktionären Bewegung in Deutschland gesetzt werden können.

Ein anderes Beispiel: Wir finden, daß seit dem Kriege die Schulden unverhältnismäßig gewachsen sind. Man kann im Augenblick gar nicht mit absoluter Sicherheit sagen, wie groß die Schulden sind, die das Deutsche Reich aufzuweisen hat. Sie wissen, die Verhältnisse schwanken von Tag zu Tag und deshalb muß man mit Zahlenangaben vorsichtig sein. Aber nach objektiven Feststellungen vonseiten der Reichsregierung hat Deutschland zur Zeit etwa 300 Milliarden Schulden aufzuweisen. Dazu kommt noch das Haushaltsbudget des Reiches mit einem Defizit von etwa 75 Milliarden. In Papiergeld sind zur Zeit in Deutschland vorhanden etwa 80 Milliarden Mark. Das sind einige Zahlenangaben, die zeigen, wie trostlos es auf diesem Gebiete aussieht. Ganz ungeheuer aber tritt die passive Handelsbilanz des Deutschen Reiches in Erscheinung. Auch diese Zahlen schwanken fortgesetzt. Nach den Angaben der Regierung beträgt die passive Handelsbilanz des letzten Jahres 25—26 Milliarden Mark. Die deutschen Vertreter auf der Konferenz in Brüssel haben allerdings diese passive Handelsbilanz noch höher eingestellt.

Ein ande es Symptom, das volkswirtschaftliche Beachtung verlangt, ist die Tatsache, daß Reichsbetriebe, die vor dem Kriege erhebliche Ueberschüsse brachten, so die Eisenbahn und die Post, jetzt ein Defizit von 20 Milliarden Mark aufweisen; dabei ist die letzte Lohn- und Gehaltsaufbesserung noch nicht berücksichtigt. Wenn ich ferner darauf aufmerksam mache, daß die Besatzungskosten des linksrheinischen Gebietes 20 bis 25 Milliarden pro Jahr verschlingen, so haben wir einige Stichproben von der trostlosen Lage, in der wir uns befinden. Diese finanziellen Mißere ist es aber auch, die es uns so ungeheuer erschwert, für Arbeiterförderungen etwas Positives herauszuschlagen. Kommen wir mit Forderungen, so heißt es: wir sind finanziell außerstande! Genau so ist es auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge; es sind keine Mittel vorhanden, um den berechtigten Forderungen nachzukommen. Ebenso wird uns, wenn wir Unterstützungen für Arbeitslose oder die Einsetzung beträchtlicher Summen für die produktive Erwerbslosenfürsorge verlangen, stets erwidert: Es ist kein Geld da!

In diesem Zusammenhang möchte ich bei meiner Skizze noch auf den Versailler Friedensvertrag, das Spa-Abkommen und die Brüsseler Verhandlungen hinweisen. Zur Zeit sind die Entschädigungs-Forderungen der Entente noch Gegenstand der Verhandlungen, aber sie werden jedenfalls eine dauernde schwere Belastung Deutschlands bringen. Ich komme darauf noch zurück. Soweit wir die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage und dem Spa-Abkommen in Betracht ziehen, muß ich auf die Tatsache hinweisen, daß in erster Linie den Leistungen der Bergleute volle Anerkennung gebührt, denn die deutschen Bergleute treten als die „Ketterer in der Not“ in die Erscheinung. Wenn die Bergleute heute versagen, kann unsere Regierung einpacken. Von den Leistungen der Bergleute hängt es im wesentlichen ab, ob das Spa-Abkommen gehalten werden kann oder nicht, falls es überhaupt möglich ist. Halten wir fest, daß die Erfüllung der Bedingungen nur dadurch ermöglicht wurde, daß sich die Bergleute im Ruhrbecken bereit gefunden haben, nicht etwa nur für Wochen und Monate, sondern die ganze Zeit hindurch Ueberschichten zu versetzen. Stellen Sie dem gegenüber, wie man den Forderungen der Bergleute

„Gerecht“ wird. Von jeder Tonne Kohle wird eine bestimmte Entschädigung geleistet, wofür den Bergleuten in dem Ueberstunden-Abkommen etwa vor einem halben Jahre zugesichert worden ist, daß sie eine bessere Belieferung mit Lebensmitteln erhalten sollen. Wir haben nachher noch die Sozialisierung im Kohlenbergbau zu besprechen. Aber auch bei dieser Gelegenheit können wir schon sagen, wenn eine Arbeiterkategorie aus den mannigfaltigsten Gründen nicht allein nach der volkswirtschaftlichen sondern auch nach der sozialistischen Seite hin die Forderung stellen kann, daß sie von der Ausbeutung befreit wird, dann sind es die Bergleute. Wir werden nachher noch Gelegenheit haben, festzustellen, wie weit die jetzige Regierung gewillt ist, uns auf dem Wege zu folgen. Wenn die Bergleute weiterhin der deutschen Regierung vor kurzem erklärten: Wenn ihr von uns Ueberstunden verlangt, wenn ihr von uns beansprucht, daß wir alles tun, um dem Spa-Abkommen bezüglich der Kohlenlieferungen gerecht zu werden, dann verlangen wir auch von Euch, daß Ihr die Orgeß, die Einwohnerwehren und andere reaktionäre Gebilde von der Bildfläche verschwinden laßt; dann haben die Bergleute nur zu recht. Wir haben die Pflicht, diese Forderung nach Kräften zu unterstützen, damit man den Bergleuten, denen man fast Uebermenschliches zumutet, entgegenkommt und diese reaktionären Gebilde nicht duldet, die zu beseitigen es der heutigen Regierung am Mut und Willen fehlt. Diese reaktionären Organisationen werden die Entente ermuntern, uns neue härtere Bedingungen aufzuerlegen und damit werden die Bergleute und andere Arbeiterschichten noch mehr unter die Fuchtel genommen werden.

Ich will nicht darauf eingehen, wie der Friedensvertrag im einzelnen zu bewerten ist, nur eines sei gesagt: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir die Pflicht haben und aus Zweckmäßigkeitsgründen dazu veranlaßt werden, alles zu tun, was menschenmöglich ist um den Friedensvertrag zu erfüllen, nicht, weil wir ihn als gerecht in allen seinen Teilen anerkennen können, sondern weil es unter den Machtverhältnissen, unter denen wir zur Zeit noch zu leiden haben, eine Lebensfrage für das deutsche Proletariat ist; um Schlimmeres zu verhüten. Wir haben jetzt die Pflicht, uns mit aller Schärfe dem entgegenzustellen, was geeignet ist, die Beziehungen zum Ausland weiter zu trüben und eine bessere Verständigung zu beeinträchtigen, doch müssen wir, insbesondere soweit unmittelbare Arbeiterinteressen in Frage kommen, auch von unserm Standpunkt aus bei der Erfüllung des Friedensvertrages mit allem sachlichen Nachdruck ablehnen, was nicht erfüllbar ist und nur dazu dient, das Wirtschaftsleben Deutschlands noch mehr zu erschüttern und damit auch die Interessen der Arbeiter aufs schwerste zu verletzen. Forderungen der Entente, wie die Verstärkung der Dieselmotore, die die Arbeiter und Angestellten unmittelbar treffen, sind sachlich nicht begründet und wir mußten sie daher ablehnen. Wir müssen uns aber auch von unserem sozialistischen Standpunkt aus mit aller Schärfe einer Umgehung des Friedensvertrages entgegenstellen. Sollte, was ja zweifellos die Entente vermutet, die deutsche Reichsregierung bei den Duldungen der Einwohnerwehren, der Orgeß und anderen reaktionären Gebilden ein Doppelspiel betreiben, so muß dagegen aufs schärfste Tritt gemacht werden. Diese Gebilde haben

auch nach unserer Auffassung nicht nur den Zweck, die proletarischen Massen in Schach zu halten, sondern es erweckte den Anschein, daß sie gleichzeitig den geheimen Zweck verfolgen, bei einer etwaigen Aenderung der Dinge als Marschkolonnen in Bewegung gesetzt zu werden. Alles, was auf diesem Gebiete liegt, muß unsererseits entschieden bekämpft werden. Dann haben wir auch das sachliche und moralische Recht, zu verlangen, daß Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht gewaltsam zurückgehalten wird. Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in London, der sich unter anderem mit den Zuständen im Ruhrbergbau beschäftigte, war es der verstorbene Genosse Legien, der unter allgemeiner Zustimmung auf einzelne direkte Schädigungen der Arbeiterinteressen in Deutschland durch Maßnahmen der Entente hingewiesen hat.

3. Die wirtschaftliche Krise.

Nun zur Wirtschaftskrise. Sie ist leider seit mehr als Halbjahresfrist akut und wir haben uns in den letzten Monaten eingehend mit dieser Frage beschäftigen müssen. Wir dürfen nicht verkennen, daß seit September vorigen Jahres keine Besserung eingetreten ist und müssen damit rechnen, daß wir für die nächsten Monate eine noch schärfere Gestaltung der Krise zu erwarten haben.

Die Härten der Teuerung treten nach wie vor in die Erscheinung. Wenn sich auch in letzter Zeit eine Tendenz der Rückflutung gezeigt hat, so ist doch nichts Positives wahrzunehmen und wir müssen in der Beurteilung vorsichtig sein. Wir können zur Zeit nur feststellen, daß noch eine maßlose und erschreckende Teuerung vorhanden ist. Daß die Kaufkraft nicht zugenommen hat, brauche ich nicht zu betonen, sie hat im Gegenteil von Monat zu Monat eine weitere Senkung erfahren, und wenn wir die wirtschaftliche Anarchie gerade der letzten Monate ansehen, so können wir auf dem Gebiete wenig Hoffnung auf eine Besserung haben. Zwar ist eine Verordnung und anderes mehr über die Stilllegung von Betrieben herauszukommen, die unsere Beachtung und Aufmerksamkeit verdient, aber Theorie und Praxis sind wie immer so auch auf diesem Gebiet grundverschieden. Es kommt immer wieder darauf an, wie weit geht der Wille und die Kraft der heute politisch Herrschenden, derjenigen, die die Staatsmaschine in Händen haben. Soweit die Weltkrise in Betracht kommt, wesse ich darauf hin, daß überall die Zahl der Arbeitslosen in erschreckendem Maße anschwillt. England hat nach vorläufigen Schätzungen zur Zeit etwa 1 Million Arbeitslose aufzuweisen. Wir haben auch in Frankreich und Italien, also zwei am Kriege direkt beteiligten Ländern, starke Arbeitslosigkeit. Doch dasselbe trifft zu für die skandinavischen Länder, für Holland und die Schweiz. Ueberall herrscht dieselbe Tendenz. Und wenn wir uns erst die überseeischen Verhältnisse betrachten, so finden wir z. B. in Nordamerika riesig anschwellende Arbeitslosenziffern. Wir erfahren sowohl von der direkten Stilllegung gewisser Riesenbetriebe in einzelnen Industriezweigen, wie von einem Heer der Arbeitslosen in Höhe von 2 1/2 Millionen. Die Tatsache, daß die Zunahme der Weltwirtschaftskrise für Deutschland unangenehme und hart treffende Nachwirkungen hat, bedarf keiner besonderen Erläuterung.

4. Krise innerhalb der Arbeiterbewegung.

Zu der politischen und wirtschaftlichen Krise gesellt sich die Krise in der Arbeiterbewegung selbst. Wir haben den beklagenswerten Zustand vor uns, daß Deutschland politisch in eine Reihe von Einzelgebilden zerrissen ist. Wieviel politische Richtungen wir zur Zeit aufzuweisen haben, kann ich zahlenmäßig nicht genau angeben. Es sind drei große Hauptströmungen zu erkennen, daneben gruppieren sich noch einige Nebengruppen. Ob der politische Zerreißungsprozeß noch weitere Fortschritte macht, lasse ich dahingestellt. Ich stelle nur die Tatsache fest: Wenn wir den Blick über Deutschlands Grenzen hinaus richten, müssen wir leider gerade im letzten Halbjahr beobachten, daß die Zerrissenheit auf politischem Gebiet auch in andere Länder getragen worden ist. Ich will mich im Augenblick jeder Bemerkung darüber enthalten, inwiefern dieser Zerreißungsprozeß künstlich forciert worden ist, um alles zu vermeiden, was dazu angetan sein könnte, die ernste sachliche Aussprache hier irgendwie durch engere politische Auseinandersetzungen zu stören. Der Kampf tobt jedoch leider in Deutschland wie auch in anderen Ländern weiter: Und was uns besonders angeht, der Kampf nimmt innerhalb der Gewerkschaften eine ernste Gestalt an. Das ist es, was uns nicht nur zum ernststen Nachdenken, sondern auch zur konkreten Stellungnahme veranlaßt. Wir haben dabei insbesondere zu beachten, daß die Zerrissenheit in politischer Beziehung und der Streit über die Form der Zusammenfassung der Betriebsräte seine furchtbaren Nachwirkungen bei den dringendsten konkreten Aufgaben der Gewerkschaften selbst zeigt. Darüber haben wir zu reden. Daß wir in Deutschland neben den sozialistischen Arbeitermassen auch noch in nennenswertem Maße in Arbeiterkreisen mit bürgerlichen Anschauungen rechnen müssen, ist bekannt. Unterschätzen wir das nicht. Ich wünsche, wir könnten heute feststellen, daß die Revolution und nach den furchtbaren Lehren des Weltkrieges die bürgerlichen Arbeiterorganisationen: Christen, Hirsch-Dunckersche, Polen usw., mehr und mehr zurückgegangen wären. Das ist leider nicht der Fall. Wer aufmerksam beobachtet, wird nicht bestreiten können, daß die Christen nicht nur alles aufbieten, um ihre Position zu halten, sondern in diesen Kreisen geht die Hoffnung heute dahin, — daß, je toller die Zustände in der Arbeiterbewegung werden und je schlimmer der Zerfetzungsprozeß und die Formen der Auseinandersetzung in der modernen Arbeiterbewegung in die Erscheinung treten, umso mehr dann ein Zurückfluten von Arbeitern in die bürgerlichen Parteien stattfindet. Wir finden dann auch leider, daß Mitglieder der freien Gewerkschaften — wenn es auch Einzelfälle sind —, sich von uns abwenden und ins christliche Lager zurückfluten. Ich gebe gern zu, daß in Großstädten wie Berlin, Halle, Leipzig usw. dieser Umstand nicht so in die Erscheinung tritt, aber auch dort machen die christlichen Organisationen krampfhaft Versuche, sich weiter zu entwickeln. Doch gehen wir in die Gegenden, die für uns vor dem Kriege unererschlossene Gebiete darstellten oder wo wir uns damals im Anfangsstadium der Entwicklung befanden, dann darf ich wohl sagen: es ist Zeit, daß es anders wird, denn geht dieser Zerfetzungsprozeß noch ein Jahr so weiter, dann werden wir noch manchen Verlust in unseren Mitgliederkreisen verzeichnen müssen. Man kann einwenden, das seien keine freijorganisierten

Kämpfer gewesen. Doch es hat noch niemand angenommen, daß alle die Massen, die wir nach dem Kriege aufgenommen haben, von heute auf morgen so durchgebildet sein würden, daß sie unverrückbar an dem Plage stehen bleiben, wo sie aufgenommen worden sind. Weder die freien Gewerkschaften, noch eine der politischen Parteien können von sich sagen, daß alles das, was sie einmal aufgenommen haben, auch bei ihnen geblieben ist. Es gibt keine Organisation, die behaupten kann, daß sie nur zuverlässige Mitglieder in sich birgt. Dieser Zu- und Abgangsprozeß hat alle Parteien erfasst und je länger die Krise in der Arbeiterbewegung dauert, desto mehr sinkt die Mitgliederzahl, und wer die Vorgänge aufmerksam verfolgt, wird finden, daß die Gegner daraus planmäßig Kapital schlagen. Das dürfen wir nicht unterschätzen.

5. Was haben wir bei unserer Tätigkeit zu beachten.

Sind wir in diesen Krisen und haben das traurige Bild vor uns, dann ist es begreiflich, daß große Arbeitermassen sich fragen: 1. Wer kann uns helfen? Und sind sie freigewerkschaftlich organisiert, so fragen sie weiter: Was machen die Gewerkschaften? Was macht der A. D. G.-V.? Und unsere Kollegen fragen: Was macht der Deutsche Metallarbeiter-Verein? Und nun wollen wir mal in eingehender Prüfung an diese Fragen herantreten, ebenso an die von verschiedenen Seiten aufgestellten Forderungen. Es wäre vollständig falsch, wenn wir davon Abstand nehmen wollten, diese Forderungen einer ernsten, gründlichen und sachlichen Nachprüfung zu unterziehen. Letzteres zu tun ist unsere Pflicht.

Ich werde jedoch zunächst die konkreten Forderungen besprechen, die wir von unserem Standpunkt aus stellen und vertreten müssen, Probleme, Forderungen und Aktionsvorschläge, die wir auch in der letzten Ausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Dezemberhälfte 1920 mit allem Nachdruck aufgerollt haben.

Frägt Ihr die heute Herrschenden nach einem Programm, dann werden sie Euch antworten: Sie haben keins; es sei denn, daß ihr Programm darin besteht, zu erklären: Wir lehnen den Sozialismus ab und stellen uns auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Keiner der heute Regierenden kann sagen: Das ist unser Programm; wird das durchgeführt, so haben wir die Gewähr, daß sich die heutigen Zustände ändern und das Volk besseren Verhältnissen entgegengeht. Die Regierenden sind hilflos. Das trifft zu für das Reichskabinett wie für die Kabinette der einzelnen Freistaaten. Dieser Hilflosigkeit haben wir unser Programm entgegenzustellen. Ich will mich bemühen, das nicht nur theoretisch zu tun, sondern, soweit mir Zeit und Möglichkeit gegeben sind, dies auch praktisch zu zeichnen. Selbstverständlich muß es sein, daß wir an unser Programm, an unsere aktive Arbeit und unsere Aufgaben als revolutionäre Sozialisten herantreten müssen, nicht etwa nur mit einem leeren Lippenbekenntnis, sondern indem wir die tief erinsten und hohen Aufgaben fest ins Auge fassen. Es ist natürlich vollständig falsch — dies muß deutlich gesagt werden — für alle einzelnen Probleme als Allheilmittel stets den Generalkstreik in erster Linie zu bezeichnen. Gehen wir nur an einige der außer- und innerpolitischen Fragen heran, so kommen, wie aus der Pistole geschossen, die Anträge: Aktion und Generalkstreik. Sind Ernährungsfragen, so glaubt man das durch den Generalk-

streik zu erreichen. Drückt die Wohnungsnot in ihrer bittersten Form oder sind Wirtschaftsprobleme gestellt, so heißt es einfach: Wenn die Weltwirtschaftskrise alle Nationen niederdrückt und Millionen auf die Straße geworfen hat und wenn auch in Deutschland Millionen Arbeitslose die Straße bevölkern, dann empfiehlt man uns wieder den Generalstreik! Das klingt einfach. Aber treten wir an die praktische Durchführung heran, dann finden wir, daß natürlich mit einem solchen „Allheilmittel“ weder auszukommen ist, noch die Probleme gelöst werden können. Gewiß, wir stehen auf dem Standpunkt, der Generalstreik ist eine scharfe und wichtige Waffe im proletarischen Kampfe, wie wir das noch am, dem letzten Londoner Internationalen Gewerkschaftskongress bei unserer Beschlusfassung ausdrücklich festgestellt haben. Aber andererseits müssen wir es auch ablehnen, daß der Generalstreik als Spielzeug benutzt wird, um so in seinen Wirkungen ins Gegenteil dessen umzuschlagen, was mit dem Generalstreik erreicht werden soll. Wie wir dieses Mittel anwenden, darüber nachher.

Wir können die uns beschäftigenden Gegenwartsfragen in unserer programmatischen Auffassung natürlich nicht von den Zukunftsfragen trennen. Wir müssen sie stets im Zusammenhang betrachten, Da ergeben sich scheinbar Widersprüche. Wenn wir im letzten Jahre Gegenwartsforderungen stellten, dann ist uns von bestimmter Seite manchmal gesagt worden: „Mit dieser Stellungnahme stärkt Ihr nur den Kapitalismus, Ihr findet Euch mit letzterem ab.“ Wenn wir die Gegenwartsforderungen allein stellten, könnte das ungefähr stimmen. Es wird aber niemand von uns einfallen, eine Gegenwartsforderung zu erheben, und dabei das uns leitende Ziel aus dem Auge zu lassen, nämlich die Ergriffung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat, und die Verwirklichung des Sozialismus. Das muß bei allen unseren Handlungen stets im Vordergrund bleiben. Ein anderes Beispiel: Zwangswirtschaftskörper beschäftigen uns, so der Eisenwirtschaftsbund, der Rohlenrat usw.; von denen wir, wie ich hoffe, noch eine ganze Reihe in der nächsten Zukunft bekommen werden, um so wenigstens einmal in den ersten Anfängen — wenn auch noch so unzulänglich — in die Regelung des Wirtschaftslebens einzugreifen und uns mit diesen Fragen überhaupt vertraut zu machen. Würden wir das tun, von dem Gedanken ausgehend: Das ist das Allheilmittel, dann hätten die Kritiker recht. Wenn wir es aber unter dem Gesichtspunkt tun: Das ist im Augenblick nur ein primitives Aushilfsmittel, doch damit setzen wir ein und treiben die Dinge weiter vorwärts, dann werden wir nicht auf falschem Wege sein. Wir können nicht diese Verelendungs- und Katastrophenpolitik in dem Sinne betreiben, daß wir sagen: Wir stecken die Hände in die Hosentaschen und ignorieren die heute noch bestehenden Einrichtungen, Körperschaften usw., bis uns eines Tages die politische und wirtschaftliche Macht von selbst zufällt. Das ist nie unsere Auffassung gewesen. Es wäre unsozialistisch, einen solchen Standpunkt einzunehmen. Unsere besten Vorkämpfer, mögen sie heißen, wie sie wollen, haben es niemals an Belehrung darüber fehlen lassen, daß es durchaus notwendig ist, mit aller Kraft jeden Fußbreit Arbeiterrecht zu erobern und zu verteidigen. Und sie taten es stets unter dem Gesichtspunkt, daß, solange der Sozialismus nicht verwirklicht werden konnte, sie ganz selbstverständlich verpflichtet waren, dem Proletariat in den Tagen der Not und des Kampfes zur Seite zu stehen. Sie taten es aber auch aus dem Grunde, daß sie sich sagen mußten: wenn die Arbeiterschaft zur Ergriffung der politischen und wirtschaftlichen Macht kommen soll, dann darf dies kein verelendetes Proletariat sein, sondern wir müssen dasselbe bis zur Erreichung des Zieles einigermassen kampffähig erhalten, um so eher und wir dann in der Lage

unseren Aufgaben gerecht werden zu können. Fassen wir es so auf, dann sehen die Dinge ganz anders aus.

Aber noch einen anderen Gesichtspunkt haben wir mit in Betracht zu ziehen, nämlich das jeweilige Entwicklungsstadium, wie das Stadium des gegenwärtigen Kampfes überhaupt. Es ist ein wesentlicher Unterschied — und das wird in den Auseinandersetzungen, die wir zur Zeit haben, viel zu wenig beachtet — ob wir uns im akuten Stadium der Revolution befinden, wie 1918/19, als uns unmittelbar nach dem Weltkriege die Macht in die Hände gegeben wurde und wir den Kampf zu führen hatten, um diese Macht zu erhalten und weiterhin den Sozialismus zu verwirklichen, oder ob wir uns, wie das heute leider der Fall ist, in einer schleichenden Krise befinden. Damit soll wahrlich nicht gesagt sein, daß nun die Revolution ihren Abschluß gefunden. Nein. Wer die Geschichte von Völkern und Revolutionen betrachtet, der findet, daß diese Entwicklungsprozesse Jahre und Jahrzehnte gedauert haben, bis sich eine gewisse Umstellung vollzogen hatte und ein bestimmter Abschluß in der Bewegung erreicht war. So wird es sich selbstverständlich auch mit den revolutionären Erscheinungen verhalten, in deren Entwicklungsstadium wir uns zur Zeit befinden. Aber geschichtlich wäre es vollkommen falsch, die gegenwärtige Lage in direkten Vergleich zu stellen mit der Situation, die wir noch vor zwei Jahren und auch noch vor eineinhalb Jahren hatten. Es ist falsch, wenn uns heute jeden Augenblick geraten wird, dieselbe Kampfweise anzuwenden, die im akuten Stadium der Revolution nach meiner Auffassung mit Recht angewendet werden mußte, um zu retten, was gerettet werden konnte. Doch stellen wir heute die Frage: Was ist von der Revolution übrig geblieben? Dann werden Sie zugeben: Soweit die Entwicklungsstufen zum Sozialismus in Frage kommen, die Ergreifung der proletarischen Macht usw., sieht es damit herzlich wenig anders aus. Nähern wir uns einmal der Frage: Inwiefern können wir die wirtschaftliche und die politische Krise von einander trennen? Das ist wichtig für die Aufgaben der Gewerkschaften. Können wir, so frage ich, uns beschränken auf die engen Gewerkschaftsaufgaben oder sind wir gezwungen, weitere wirtschaftliche und politische Fragen mehr denn je ineinanderfließen, die Dinge in ihrem Zusammenhang zu nehmen? Das Letztere kann nur für uns in Frage kommen. In der Zeit schwerster politischer und wirtschaftlicher Krise finden wir die politischen Parteien des Proletariats zerrissen, um so größer sind die Aufgaben, die an die Gewerkschaften gestellt werden. Die Gewerkschaften bilden die einzige geschlossene Front der Arbeiterklasse. Hoffen wir, daß alle Versuche, die Einheit der Gewerkschaften zu zerstören, eine entschlossene Abwehr finden. Der gewerkschaftliche Einheitsblock umfaßt heute in Deutschland im A. D. G.-B. und der Afa rund neun Millionen Mitglieder und der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund zählt in den freien Gewerkschaften rund 28 Millionen organisierte Hand- und Kopfarbeiter und Arbeiterinnen. Diesem Einheitsblock steht derzeit nicht im entferntesten etwas Gleichwertiges gegenüber, denn wir müssen leider die Tatsache beklagen, daß die sozialistische Internationale zerfallen ist, und weder Moskau, noch Genf oder Wien kann zur Zeit Anspruch darauf erheben, als umfassende Internationale angesprochen zu werden, die als Trägerin gemeinsamer internationaler Aktionen dienen könnte. Und dieser Umstand legt uns, die wir eine aktionsfähige Gewerkschaftsinternationale darstellen, die Pflicht auf, unsere Aufgaben entsprechend abzustechen und dementsprechend zu handeln.

Als Gewerkschafter und einsichtige Sozialisten haben wir stets den Standpunkt verfolgt — auch wenn man das heute von bestimmten Seiten abzutreten versucht — daß wir uns nicht mit der Erringung eines höheren

Lohnes und eines besseren Arbeitsverhältnisses begünstigt werden, sondern daß wir uns als Ziel stecken: die Befreiung des Kapitalismus selbst und an seine Stelle den Sozialismus. Für das ganze Gesellschaftsleben tritt heute der Schädling „Kapitalist“ mehr denn je in die Erscheinung. Der Weltkrieg hat das in deutlicher Weise bewiesen. Der Weltkrieg wurde aus den imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus geboren. Ihm verdanken wir die Härten des Friedensvertrages, ihm danken wir die Zustände in Lande selbst. Dem von deutscher Seite diktierten Gewaltfrieden in Brest-Litowsk, Bukarest usw. folgte umgekehrt der Versailler Friedensvertrag, der auch genau so von den kapitalistisch-militärisch-regierten Stellen der Entente diktiert wurde. Der Kapitalismus und Militarismus der Entente ist um keinen Deut besser als der Kapitalismus in den sogenannten besiegten Ländern. Wir sehen auch an den weiteren Folgeerscheinungen des Krieges, wem wir die Verelendung und Verschuldung zu verdanken haben. Sehen wir uns nur die unproduktiven Ausgaben an: Wir haben allein an Zinsen für Schulden 25 Milliarden Mark aufzubringen. Die Lasten durch die Besetzung betragen 25 Milliarden jährlich und nach den Brüsseler Verhandlungen sollen uns in einem Zeitraum von 40 Jahren vielleicht noch weitere 2-300 Milliarden Mark Entschädigungen auferlegt werden. Wenn wir allein in Rechnung stellen, was an Umstellungen für Witwen und Waisen und Krüppel aufzubringen ist, so zeigt sich recht deutlich, wem wir das alles zu verdanken haben und daß diese Zustände einfach vollständig unhaltbar und unmöglich für eine längere Zeitspanne fortbestehen können. Aber der Kapitalismus versucht oben zu bleiben. Während des Krieges hieße er Riesenprofite ein und heute geht er mit den Wucherern und Schießern Hand in Hand. Die enorme Preistreiberei stand in den letzten Jahren in schönster Blüte. Die sinkende Valuta, der Mangel an Rohstoffen, der Mangel an Nahrungsmitteln usw. steigerten die Not des Volkes. Und was geschieht vonseiten der heute Herrschenden, um hier mildernd einzugreifen? Nichts! Eines von vielen: Wir hatten während des Krieges die Zwangswirtschaft. Nach dem Kriege wurde sie zunächst fortgeführt. Aber schon vor der letzten Reichstagswahl bestand sie nur noch zum Schein. Er war durchlöcher, weil auch die frühere Regierung nicht den Mut, die Kraft und den Willen aufbrachte, die Zwangswirtschaft in allen ihren Teilen durchzuführen. Diese Zwangswirtschaft besteht heute nur noch in unvollkommener Weise für Getreide und für einige anderen Nahrungsmittel. Die Zwangswirtschaft war schon vor einem halben Jahre so durchlöcher, daß sie nur noch ein Scheingebilde darstellte, und die neue Regierung mit der bürgerlichen Mehrheit hat sie völlig beseitigt. Wenn die Zwangswirtschaft besteht, so muß sie rückwärts nach allen Seiten hin durchgeführt werden.

Nähern wir uns nun nach diesen kritischen Betrachtungen dem Positiven, so wollen wir, wenn wir an den politischen und wirtschaftlichen Umstellungsprozeß herantreten, nicht versäumen, auf eine absolute Notwendigkeit hinzuweisen, die wir den breiten Arbeitermassen nicht eindringlich genug darlegen können und die in ihrer Erkenntnis Allgemein gut werden muß. Welche Gesellschaftsklasse die Dinge heute oder in Zukunft auch meistern will, um die Verhältnisse auf eine gesunde Grundlage zu stellen, sie muß sich darüber klar sein, daß sie außerordentliche Kräfte benötigt, um das durchzusetzen. Das gilt sowohl rein politisch wie auch verwaltungstechnisch, das mit dem politischen aufs engste verbunden ist. Und das gilt noch viel mehr von dem wirtschaftlichen Umstellungsprozeß. Neben vielem anderen zeigten uns in den letzten Jahren die Unmöglichkeit, daß die formell zur Herrschaft gelangten bloß im Ministeressel sitzen. Es ist unmöglich, sich damit zu begnügen, etliche Regierungspräsidenten und vielleicht

ein paar Duzend Landräte zu beseitigen. Nein, die Regierenden müssen sich in aller Eile an geeigneten Bewohnungsmaximale zu rechtlichen und Männern stellen, die mit wirklicher Sachkenntnis eingreifen, um das angebahnte Werk auch zu vollbringen. Nützlich liegt es in den Kommunen. Was auch dort gebraucht wird, sind Männer von umfangreichem Wissen und Können. Wenn man in manchen Gemeinden und Städten das Wirtrennen bei der Besetzung verantwortlicher Magistratsstellen usw. beobachtet, so möchte man bei dem einzelnen Bewerber doch öfter fragen: Lieber Freund, wagst du das wirklich? Ich bewundere oft den Mut, den diejenigen an den Tag legen, die sich mit wenig Sachkenntnis an solche schwierige Probleme heranwagen. Unbestritten bleibt, daß wir alle Ursache haben, uns auf allen Gebieten Sachkenntnis anzueignen. Damit komme ich zu dem großen Bildungsproblem, das ich als eines unserer Aufgaben noch besprechen will. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten darauf hingewiesen, nicht nur die Sachkenntnis auf dem Gebiete der deutschen Wirtschaft ist notwendig, sondern wir müssen auch mit der Weltwirtschaft rechnen, denn die deutsche Wirtschaft ist ja von der Weltwirtschaft nicht zu trennen.

Ich wünschte, daß wir bald einmal Gelegenheit bekämen, zunächst rein informativisch wichtige, sachkundige Männer auf den verschiedensten Gebieten der einzelnen Wirtschaftszweige darüber zu hören, wie in den letzten Jahren noch dem Kriege die Anforderungen an die Sachkenntnis gewachsen sind und wie Leute, die heute das Wirtschaftsleben in seinen einzelnen Zweigen gründlich beherrschen wollen. Nehmen sie als Beispiele die Banken. Früher war das Bankgeschäft mehr oder weniger ein einfaches Geldgeschäft: Anlage, Verzinsung usw. Heute müssen diese Leute in Bezug auf den Welthandel, Wirtschaft usw. ganz andere Kenntnisse aufbringen. Ein anderes: Auf allen Wirtschaftsgebieten vollzieht sich ein enger Zusammenschluß in Konzerne, Truste usw., und zwar sowohl auf dem Gebiete der Rohstoff-Gewinnung, der Weiterverarbeitung, des Transportes (Schiffahrt usw.) wie des Verkaufes. Bis zum letzten Verkaufsladen soll heute alles in eine Hand gebracht werden. Das sind alles Faktoren, die wir bei der Bildungsfrage nicht übergehen dürfen. Weil nun die politischen Parteien in den Wirtschaftspragen ja völlig versagen, indem sie nach ihrer ganzen Zerissenheit versagen müssen, und weil wir in den Gewerkschaften einen Einheitsblock besitzen und die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht von einander getrennt werden können, so haben wir nach meiner Auffassung die Pflicht, im A. D. G.-B. und damit in allen Gewerkschaften mit allem Nachdruck die einzelnen großen Wirtschaftsfragen zu behandeln und aktiv zu den Dingen Stellung zu nehmen. Doch ist die planlose Form eines Kopfsturzes dürfen wir bei unserem Vorgehen wählen. Keineswegs! Sollte eine Befürwortung in dem Sinne beabsichtigt sein, wie sie von bestimmten Stellen und bei jeder Frage propagiert wird: Aktion, Generalstreik, dann sage ich: wird es so gemacht, dann locken Sie eines Tages mit diesen Parolen keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor! Die Zeit ist nahe, wo die Proletarier dieses Spieles müde werden und dann tritt die bedauerliche Folge ein, daß die Arbeiter auch dann versagen, wenn sie zur ersten und notwendigen Aktion aufgerufen werden. An einigen Orten sind wir ja schon so weit. Wenn wir nicht mit ruhiger Ueberlegung und Einsicht, wie mit Latavast und festem Willen an die Dinge herantreten, dann fürchte ich, werden wir sehr bald erleben, was ich schon angedeutet habe. Das wollen wir nicht. Aktiv muß Stellung genommen werden. Diesen Standpunkt haben wir auch stets in den Sitzungen des Bundes-Ausschusses des A. D. G.-B. mit Nachdruck vertreten. Auf unsere Anregung hin war vor Weihnachten eine Tagung des A. D. G.-B., die sich eingehend mit der Frage „Die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaft“ beschäftigte. Dort habe ich im Auftrag des Vorstandes an den Bund die

Forderung gestellt, aktiv Stellung zu nehmen zu den einzelnen Fragen, die offen in die Erscheinung treten und an denen wir interessiert sind. Wir dürfen uns dabei nicht im engsten Rahmen bewegen, denn eins fließt uns andere. Der U. D. G.-B. kann die außerpolitischen Dinge nicht unbeachtet lassen. Es liegt in unserem Interesse, wenn wir aktiv vorgehen. Auch die kapitalistischen Mächte der Entente können auf die Dauer an den im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten 28 Millionen Proletarern nicht achtlos vorübergehen. Noch sind wir nicht so weit, daß die internationale Macht des Proletariats die Verhältnisse in allen Ländern meistern kann, aber wir sind auf dem Wege. Und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat durchaus recht daran getan, daß sie in London die internationalen Fragen, die zu Lebensfragen auch für die Arbeiterklasse geworden sind, in den Vordergrund stellte. Dabei hat sich niemand eingebildet, daß der Bund jetzt schon in der Lage sei, die Dinge meistern zu können. Bisherig konnte man bei einer Einzelfrage geteilter Meinung sein; doch das schadet nichts. Denn je mehr wir uns schon jetzt mit diesen Fragen ernstlich beschäftigen, umso mehr machen wir uns damit sachlich vertraut, und wenn wir einmal dazu kommen, die politische und wirtschaftliche Macht zu übernehmen, dann muß eine Beschäftigung mit diesen Fragen vorangegangen sein.

Sie wissen, daß das internationale Stärkeverhältnis kein einheitliches ist. Die englische Regierung muß z. B. die Stellung der englischen Arbeiterpartei viel mehr beachten wie die französische Regierung, weil die englische Arbeiterbewegung viel weiter vorgeschritten ist als die französische. Allerdings ist England auch ökonomisch vielmehr fortgeschritten und an sich tritt dort die proletarische Armee im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung natürlich ganz anders in Erscheinung. Dabei wollen wir eines ernstlich beachten: Die englischen Arbeiter gehen planmäßig, unermüdet und mit der notwendigen Fähigkeit vor und haben sich auf diese Weise einen bedeutenden Einfluß verschafft. Fragen wir: Wie weit hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung an Achtung und Einfluß gewonnen oder eingebüßt, so muß ich leider sagen, wenn die planlosen, wilden Bewegungen, der blinde Verfallsprozeß, die unsinnigen Beschimpfungen (die freien Gewerkschaften seien gelb usw.) in Deutschland so weiter gehen, dann sind wir auf dem besten Wege, auch die letzte Achtung noch zu verlieren.

6. Gesetzgeberische Aufgaben.

Wir müssen im Internationalen Gewerkschaftsbund wie auch in den einzelnen internationalen Berufsorganisationen den denkbar größten Einfluß auf alle Fragen, die uns angehen, auszuüben versuchen. Das gilt im besondern für uns in Deutschland. Wir haben uns als Gewerkschaftler vor, während und nach dem Kriege mit Sozialpolitik befaßt. Wir wollen aber nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch, überhaupt nach allen Seiten hin uns mit gesetzgeberischen Fragen beschäftigen, soweit sie unsere Interessen angehen. Wir haben eine Fülle von Stoff auf dem Gebiete der Arbeiterfragen, der in diesem und dem nächsten Jahre erledigt werden soll. Nehmen Sie, um nur einige Gebiete zu nennen, die Sozialversicherung, die Arbeiterschutzgesetzgebung oder die Schlichtungsordnung, die jetzt wiederholt ungarbeitet wurde. Kürzlich wurde darüber in einer Bundes-Ausschussung Bericht erstattet. Man hat mit den Spitzenorganisationen verhandelt. Sichtlich sind
a. a. Die Behandlung der lebenswichtigen Betriebe. Die Gewerkschaften

erklärung von Schiedsprüchen, die Bestellung des Vorsitzenden und der Beisitzer zu den Schlichtungsausschüssen und eine Reihe anderer Fragen, die mir als Fußangeln aus dem Entwurf kennen, der Mitte vorigen Jahres verlesen ist wurde. Soweit ich informiert bin, wurden die jachlichen Einwendungen, die der Bundesvorstand in schärfster Form erhoben hat, teilweise anerkannt. Aber ich bin davon überzeugt, ehe die Schlichtungsordnung vom Reichstag verabschiedet wird, werden wir noch ernste Kämpfe um die Rechte der Arbeiterschaft zu führen haben. Das ist nur ein Punkt von vielen. Im Zusammenhang damit nenne ich das kommende Gesetz über die Arbeitszeit, das nicht nur die ganze Jugendschutzbewegung in ungünstigem Sinne beeinflusst, sondern auch die achtstündige Arbeitszeit selbst durchlöchern will. Es kommt ferner in Betracht ein Arbeitslosenversicherungsgesetz, zur Zeit eine der wichtigsten Fragen. Ziehen wir weiter in Betracht das weite Gebiet der Gewerbeordnung, die jetzt schwebende Frage von Bezirks-Wirtschaftsräten, denen sich organisch der Reichswirtschaftsrat anschließen muß. Gerade beim Ausbau der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrats müssen wir versuchen, den der Arbeiterklasse zustehenden Einfluß zu erhalten. Das kann für die weitere Entwicklung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Was sich jetzt „vorläufiger Reichswirtschaftsrat“ nennt, ist alles andere als ein Gebilde, das Anspruch darauf erheben könnte, als berechtigter Faktor im öffentlichen Leben zu gelten. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat jetzt nur Interessenten. Wir haben zwar einen Teil von Arbeitervertretern aller Schattierungen darin, aber unsere einsichtigen Genossen sind mit uns der Meinung, daß der jetzige vorläufige Reichswirtschaftsrat nichts anderes ist als ein Schädling schlimmster Art. Heute stehen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Vertretern rücksichtsloser Kapitalinteressen auf der anderen Seite die Arbeitervertreter gegenüber; darunter recht reichlich Christliche, Sirische, Dackische und andere Gegner der freien Gewerkschaften, und als dritte Gruppe kommen die sogenannten „Unparteilichen“, die selbstverständlich immer auf die Kapitalseite fallen. Wurde doch unter den Sachverständigen, die die Regierung zu ernennen hatte, nicht ein einzig wirklich unparteilicher berufen, sondern alle sind echte Vertreter des Großkapitals, nichts anderes. Aber so geht es gewöhnlich! Beim Betriebsrätegesetz und vielen anderen Dingen hätte der A. D. G. B. aktiver eingehen müssen.

Ich gehe zu einem anderen Kapitel über, der Steuererhöhung. Wir hatten sehr viel Auseinandersetzungen wegen dem zehnprozentigen Steuerabzug. Es ist auch hier wiederum so gekommen, daß man die Lohn- und Gehaltsempfänger belastet hat, um die besitzenden Klassen mehr schonen zu können. Wir haben zwar rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, aber es ist ja eine bekannte Tatsache, die Arbeitermassen rebellieren immer erst dann, wenn es zu spät ist; wenn die Gesetzgebung bereits fertig ist. So war es bei früheren Gesetzgebungen (indirekte Steuern auf Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, sogenannte „Genußmittel“ des kleinen Mannes usw.) und so war es auch bei dem 10prozentigen Steuerabzug, der leider die Massen zunächst wenig interessierte. Doch als der Steuerabzug in der Lohnhilfe zum Ausdruck kam, war die Erregung selbstverständlich da. Das beweist uns, wie sehr wir geistige Arbeit, Aufklärungsarbeit leisten müssen, um die Arbeitermassen dann in Aktion zu setzen, wenn es an der Zeit ist, Schlimmes abzuwenden. Das ist ja bisher stets die starke Seite der bürgerlichen Parteien und der Regierung gewesen, daß sie im Verlaufe der Gesetzgebung stets den Vorrang hatten. Ihre Interessenten waren rechtzeitig beisammen, aber wenn wir draußen in Versammlungen Stellung nehmen wollten, ließ deren Belud oftmals wenig Interesse erkennen.

7. Die Ernährungsfrage.

Ein überaus wichtiges wirtschaftspolitisches Problem ist die Ernährungsfrage: Die deutsche Regierung gibt in diesem Jahre mindestens 6,5 Milliarden Mark vom Gelde der Steuerzahler als Zuschuß zum Einkauf ausländischen Getreides aus, damit der Preis des Getreides selbst nicht auf den Weltmarktpreis hinausgedrückt werde. Was sehen wir? — Die Agrarier sind nicht zufrieden. Herr Dr. Heim hat nach Befragungsrichten kürzlich in einer Rede ausgeführt: Der Getreidepreis muß verdoppelt werden. Und er war so freundlich, wieder einmal die Forderung aufzustellen: Es muß länger als acht Stunden gearbeitet werden, es muß gegen Streiks eingeschritten und den Faulenzern die Peitsche gegeben werden. Das sind die Wünsche und Symptome von jener Seite. Wir aber haben unter Abweisung jener reaktionären Pläne die Pflicht, unsererseits mit positiven Vorschlägen hervorzutreten und zu zeigen, wie wirtschaftlich gearbeitet werden kann und muß. Die Regierung muß — das ist an sich richtig — Geld drauf legen, um die Preise für das Brotgetreide im Inland nicht noch höher hinauffschnellen zu lassen. Aber was zeigen uns z. B. folgende Ziffern: Wir haben nach den Darlegungen des Reichsernährungsministers im Jahre 1918 an Brotgetreide, Weizen und Roggen, 8 972 000 Tonnen, zwei Jahre später nur 6 963 000 Tonnen aufzuweisen, also glücklich 2 Millionen Tonnen weniger und für diesen Ausfall in Deutschland muß das Reich umso mehr Milliarden für den Ankauf ausländischen Getreides ausgeben. Woher kommt der Ernterückgang an Getreide? Weil für das Fleisch jetzt die freie Wirtschaft herrscht und die Fleischpreise unerhört in die Höhe schnellen, verzüngerte man die Anbaufläche für Getreide und benützte die Felder einfach als Weidestächen. Also man bebaut das Land nicht nach den Bedürfnissen des Volkes, sondern einfach nach dem Junkerprofit. Dagegen gilt es einzuschreiten, denn hätte man eine planmäßige Bebauung eintreten lassen, so hätte man in den letzten Jahren Milliarden gespart. Aber es kommt noch etwas anderes hinzu: Die Bedüngung der Anbauflächen ist so überaus wichtig und wenn man Ernährungsprobleme bespricht, darf man nicht achtlos an dieser Notwendigkeit vorübergehen. Aber es muß festgestellt werden, daß schon im Jahre 1918 längst nicht mehr das aus dem Boden herausgeholt worden ist, was man in früheren Jahren erzielt hat, was folgende Zahlen beweisen: Wir hatten bei Weizen im Jahre 1912 in Millionen Tonnen ausgedrückt 4,36, im Jahre 1920 2,25, also nur noch fast die Hälfte; bei Roggen im Jahre 1912 11,60, 1920 4,97, also einen Rückgang um mehr als die Hälfte. Wenn man nun auch in Betracht zieht, daß 1920 die Gebiete von Elsaß-Lothringen, Posen usw. wegfallen, dann kommen auf den Kopf der Bevölkerung von der Weizen- und Roggenernte im Jahre 1912 231 Kilogramm und im Jahre 1920 nur 120 Kilogramm, also fast nur noch die Hälfte. Ja, da nützt das Schimpfen über die mangelhafte Ernährung herzlich wenig, wir müssen uns nach den Ursachen umsehen und da haben wir im Interesse der Bevölkerung Forderungen zu stellen nach planmäßiger Bebauung, planmäßiger Erfassung und Bedüngung, um das Volk vor dem Hungertode zu retten und nicht nur das, sondern auch um volkswirtschaftlich Milliarden zu sparen. Was nützt das ganze Geschrei nach Preisabbau, wenn nicht die Voraussetzungen geschaffen werden, um überhaupt zu einem Preisabbau kommen zu können. Der Weg, der seit Jahren beschritten wurde, führt ja zu immer weiterer Preissteigerung und wegger der Reichsernährungsminister Dr. Hermes noch der Reichs-

wirtschaftsminister wirken dem irgendwie entgegen. Im Gegenteil: Sie sind mit die Träger eines solchen hochwürdigen und das Volk zufriedener Systems.

8. Das Wohnungsproblem.

Nehmen wir eine andere bedeutame Frage. Wir sind im N. D. O. D. bereits dabei, das Wohnungsproblem in die Hand zu nehmen. Wir haben in der vorletzten Sitzung des Bundes-Ausschusses eine Kommission gewählt, damit sie die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens vorbereitet. Wir haben ein Büro eingerichtet, ziehen Fachleute heran und haben einen Sachverständigen, der seit Jahrzehnten auf dem Gebiete des Wohnungsbaus tätig ist, angestellt, um denen im Laufe eines Vierteljahres entscheidende programmatische Vorschläge für eine Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens machen zu können und diese dann zu propagieren. In diesen Sozialisierungsvorschlägen muß selbstverständlich die Erfassung aller Rohstoffe (Rohmaterial usw.) mit inbegriffen sein. Die Gründung sogenannter Sozialer Baubetriebe ist ein prominentes Hilfsmittel, zu dem die Bauarbeiterorganisationen greifen mußten, weil sie die Verhältnisse zwingen, in der Sache vorzugehen. Nicht ohne Erfolg. Das wurde mir kürzlich u. a. auf einer Konferenz im Rheinland von Genossen aus Bauarbeiterkreisen bestätigt. Nach den mir gewordenen Informationen beschäftigen z. B. die Sozialen Baubetriebe in Köln etwa 900 Personen, haben bereits über eine Million Mark Betriebskapital angesammelt und sind in der Lage, gegen jedes bürgerliche Bauunternehmen erfolgreich konkurrieren zu können. Sozialismus ist das nicht, aber diese genossenschaftliche Tätigkeit unterstützt unsere Bestrebungen, trägt auf diesem Gebiete zur erfolgreichen Arbeit bei und hilft uns bei der planmäßigen Lösung dieses großen Problems. Wir können wirksam diese Sache propagieren, unter Ausschaltung des Unternehmergewinns viele Millionen sparen und der katastrophalen Entwicklung, die uns in der Wohnungsnot droht, entgegen wirken. Ich will aber auch an dem ganzen Problem einmal zeigen, wie unsinnig es ist, wenn uns bei jeder Gelegenheit von anderer Seite gesagt wird, unsere Vorschläge wären „Sozialisierungsschwindel“. Ich sagte schon, wir müssen Hand ans Werk legen und haben keine Zeit zu verlieren. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen würden: Die ganzen Sozialisierungsvorschläge haben keinen Zweck, solche Projekte können wir erst durchführen, wenn wir die gesamte wirtschaftliche und politische Macht in Händen haben, und deshalb dürfen wir heute mit solchen Vorschlägen überhaupt nicht kommen, so ist das falsch. Wenn wir auf allen Gebieten bahnbrechend vorgehen, in die Materie eindringen, positive, gut durchdachte Vorschläge machen, so hoffen wir zuversichtlich, daß wir damit eine wertvolle Vorarbeit für die Sozialisierung überhaupt geleistet haben. Wenn unsere Vorschläge zurzeit nicht vollständig durchgeführt werden sollten, fürchten Sie etwa, daß uns dann unsere Genossen sagen würden: Ihr seid Sozialisierungsschwindler? Glauben Sie z. B. im sozialistischen Staate von heute auf morgen die notwendigen Arbeiter- und andere Häuser einfach aus dem Boden hervorzuzaubern zu können? Nein, und was wir auf dem Gebiete heute vorwärts treiben, wird uns selbst zugute kommen.

Seit der Revolution — das sagte ich schon in meinen einleitenden Ausführungen — hat der Sozialismus zweifellos an Sympathie verloren. Unmittelbar nach der Umwälzung strömten uns große Teile von Bevölkerungsschichten zu, wenn auch zunächst nur dem Gefühle nach. Sie glaubten uns Hoffnung und Vertrauen entgegenbringen zu können. Letzteres haben viele Schichten leider jetzt verloren. Aber wenn wir nur einleiten, unser

populäres, klar durchdachtes und in seiner Durchführbarkeit nachgewiesenes Programm entwickeln und dann auch in die Aktion selbst eintreten, dann werden wir das verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnen. Und wenn wir nach Eroberung der politischen Macht die Fragen des Sozialismus lösen wollen, dann haben wir nicht nur zu rechnen mit den Schichten, die uns bedingungslos folgen, sondern wir haben sehr wesentlich diejenigen Teile mit einzustellen, die zunächst nur zum Teil uns Ihre Sympathie an den neuen Einrichtungen entgegenbringen. Das ist für uns überaus wichtig. Also je klarer und sachlicher unser Programm ist, mit dem wir in den Kampf eintreten, desto besser ist es für uns.

In der Wirtschaftskrise, die ein so bedeutames Tagesproblem darstellt, begnügen wir uns nicht, mit Unterstützung finanzieller Natur. Es ist selbstverständlich — das haben wir stets getan — daß wir für die Arbeitslosen eine finanzielle Unterstützung verlangen, die ein Existenzminimum darstellt, und daß wir ferner die produktive Erwerbslosenfürsorge verlangen müssen. Daß wir der Stilllegung von Betrieben und anderer Willkürakte des Unternehmertums entgegenwirken müssen, ist unbedingt geboten. Doch wie weit unsere Machtfülle geht, werden wir nachher an Hand der uns vorliegenden Forderungen noch besprechen. Untätig werden wir auf diesem Gebiete gewiß nicht sein, und was wir leisten können, muß in Zukunft noch viel wirksamer geschehen. Bezüglich der produktiven Erwerbslosenfürsorge verlangen wir, daß die Zahl der Erwerbslosen durch Inangriffnahme von Arbeiten vermindert wird.

9. Sozialisierung des Bergbau u. a.

Wegen des Preisabbaues sagte ich schon, man kann nicht einfach das schöne Wort hineinwerfen ins Volk, man muß auch versuchen, den Nachweis zu führen, wie es möglich ist, zum Preisabbau zu kommen? Wir haben bereits gesehen, daß die sozialistische Wirtschaft in der Produktion von Kohle und Eisen, in der chemischen Industrie Stickstoff usw. zunächst in den Vordergrund gestellt werden muß. Wie steht es damit? Ich habe bezüglich des Bergbau bereits gesagt, wir verlangen ein Gesetz über die Sozialisierung. Wir haben kürzlich im U.S.G.-V. die programmatischen Grundsätze aufgestellt. Ich will Ihnen die Vorschläge nicht alle verlesen, nur einige einleitende Worte. Als programmatische Forderung stellen wir auf: Sämtliche Bodenschätze sind Eigentum der Nation! Das gilt von den gesamten Bodenschätzen, die sich jetzt noch in Privateigentum befinden und trifft zu für den Kohlen- und Erzbergbau mit allen Schächten wie Naturprodukten aller Art. Es hat sachlich niemand ein Recht, zu sagen: Das Kohlenfeld, der Steinbruch, diese Grube ist mein Privateigentum. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß die Enteignung jederzeit sachlich gerechtfertigt ist. In der Sozialisierung des Bergbaus schlagen wir vor:

Die gesamten deutschen privaten und staatlichen Kohlenbergwerke für Stein- und Braunkohle einschließlich der Betriebe zur Herstellung von Briquets, für Verkohlung und Gewinnung von Nebenprodukten, die aus der Verkohlung unmittelbar entfallen, werden durch die deutsche Kohलगemeinschaft bewirtschaftet.

Das heißt also, nicht nur auf den Stein- und Braunkohlenbergbau beschränken wir uns, sondern auch auf die Gewinnung, Verarbeitung usw. aller Nebenprodukte, sowie allem, was damit zusammenhängt und machen unsere sachdienlichen Vorschläge. Wir wissen genau, das führt zu schweren Kämpfen gegenüber den Plänen der Regierung. Man wird uns Vorschläge machen, die auf eine Beteiligung des Reiches mit 30—35% der Aktien hinauslaufen, um die Vorherrschaft des Privatkapitalismus auch weiterhin sicherzustellen; faule Vorschläge von Kleinaktien nach Stinnes'schem Muster. Darauf werden wir uns natürlich nicht einlassen, sondern den Regierungsvorschlägen unsere Vorschläge gegenüberstellen. Für diese unsere Forderungen haben wir in und außerhalb des Parlaments einzutreten. Doch was schallt uns seit Monaten aus dem kommunistischen Blätterwald entgegen? Sozialisierungsschwindel! Das ist charakteristisch. Das eine Mal verlangt man Aktionen und sagt: Ihr müßt etwas tun, und wenn wir positive Vorschläge bringen und in den entscheidenden Wirtschaftszweigen vorrücken wollen, dann kommen auf der einen Seite Stinnes und Genossen und sagen nein und auf der anderen Seite kommt die KPD. und schreit: Ihr seid Sozialisierungsschwindler. Im Kampf gegen uns reicht man sich hüben und drüben die Hände.

Wenn das geeignet sein soll, um den Arbeiterinteressen zu dienen, dann bedanke ich mich höchstens für solche Blüten. Wollten wir heute alle Sozialisierungsgebiete behandeln, so müßten wir Stunden benötigen. Wir wollen uns deshalb darauf beschränken, die wichtigsten und notwendigsten Aufgaben abzustechen. Es gibt wohl kaum eine Gewerkschaft, die eine so umfassende, weitverzweigte und wachsende Industriegruppe in sich vereinigt, wie wir im Metallarbeiterverband, von der Roheisenindustrie bis zur feinsten Fertigungsfabrikation. Daß wir in der Eisenindustrie ebenso wie im Bau- und Wohnungswesen, im Kohlenbergbau usw. unsere Sozialisierungsvorschläge machen müssen, darüber herrscht hoffentlich nur eine Meinung. Ich sagte schon, es kommt auf den Geist an, in dem gewirkt wird.

10. Einstellung auf sozialistische Wirtschaft.

Das gilt auch von unserer Tätigkeit im Eisenwirtschaftsbund. Es denkt dort keiner daran, sich in Harmonie resp. als Arbeitsgemeinschaften zusammenzusetzen, um unsere Lebensfragen zu lösen. Wer uns nachredet, daß unsere Tätigkeit im Eisenwirtschaftsbund den Arbeitsgemeinschaften gleiche, der müßte einmal die Unternehmerpresse des letzten halben Jahres und deren Urteil ob unseres Vorgehens studieren. Die Unternehmer kämpfen fortgesetzt um eine Aenderung des Statuts des Eisenwirtschaftsbundes, und wer ihre Eingaben an den Reichswirtschaftsrat und an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages gelesen hat, der weiß, wie hier der Kampf bereits eingesetzt hat. Wir werden darauf hinwirken müssen, daß wirtschaftliche Zwangskörper wie in der Kohlen- und Eisenwirtschaft, so auch in anderen Industriezweigen bis zur letzten Fertigungsfabrikation eingestuft werden. Diese Entwicklung müssen wir ins Auge fassen, und uns in den Gewerkschaften geistig und praktisch

nicht auf die Umstellung und Führung der Wirtschaft einstellen; wenn wir zur Sozialisierung kommen wollen, ist die einzige Lösung, daß wir in der Lage sind, die Dinge zu meistern, die Wirtschaft zu verstehen und zu führen. Hand- und Kopfarbeiter müssen nach Industriegruppen zusammengefaßt und eingestellt werden, wir müssen uns mit allen Einzelheiten der Produktion wie mit anderen Dingen vertraut machen, müssen uns mit dem Warenaustausch, Bezug von Rohstoffen, Export usw. mit anderen Ländern beschäftigen. Was man heute erkennen muß, ist die Notwendigkeit bei einer sozialistischen Wirtschaftsweise die Produktion nicht zu erhalten, sondern zu erhöhen, denn wer heute die politischen und wirtschaftlichen Zustände betrachtet, wird mir zugeben müssen: Wir kommen aus den traurigen Zuständen nur heraus, wenn es uns gelingt, die Produktion zu steigern. Können wir das? Bei Auseinandersetzungen über diese Frage wurde mir gegenüber betont: Der Sozialismus ist eine psychologische Frage, es hängt davon ab, wie die geistige Einstellung der Massen auf den Sozialismus, der die höchste Leistungsfähigkeit voraussetzt, erfolgt. Man sagte mir — und ich bitte das ernsthaft zu beachten — wiederholt an verschiedenen Stellen: Der Sozialismus ist gut und richtig, aber die Massen sind darauf noch nicht eingestellt. Sie haben nur das dumpfe Gefühl, daß ihnen die Verwirklichung des Sozialismus Erleichterungen und andere Vorteile bringen könne. Darauf kann ich meines Erachtens mit Fug und Recht erwidern: Es ist falsch, zu glauben, daß wir erst eine restlose geistige Umstellung haben müssen und daß erst der letzte Arbeiter national-ökonomisch vollständig durchgebildet sein muß. Selbstverständlich haben wir das Menschenmögliche auf diesem Gebiete zu tun, und was wir tun müssen, ist, den Arbeitern klar zu machen, welche Anforderungen eine sozialistische Produktionswirtschaft an sie stellt. Ein anderer Einwand geht dahin, der Sozialismus könne aus zwei Gründen zur Zeit nicht verwirklicht werden: 1. weil uns die Entente daran hindere und 2. weil wir so überschuldet sind, daß überhaupt kein Nationalvermögen vorhanden sei und so die Durchführbarkeit zur Zeit gar nicht möglich sei. Ist das richtig?

11. Der Sozialismus eine internationale Frage.

Nehmen wir zunächst die Beforgnisse gegenüber der Entente. Der Einwand — das wurde auch schon im U.D.G.-B. festgestellt — ist falsch. Daß die kapitalistischen Mächte der Entente den Sozialismus nicht wollen, brauche ich nicht besonders zu betonen, und daß sie alles andere lieber sehen, wie in Deutschland den Sozialismus verwirklicht zu sehen, ist ebenso richtig. Aber die Entente hat kein Recht, auch nicht nach dem Friedensvertrag, uns in die ökonomische Umgestaltung Deutschlands dreinzureden. Nun sagt man allerdings: Gewalt geht vor Recht. Wenn wir uns darauf stützen wollten, kämen wir überhaupt nicht zum Sozialismus. Aber wenn das Proletariat an sich darauf eingestellt und reif ist, um die politische und wirtschaftliche Umstellung vorzunehmen, dann wird es jederzeit gegen die Entente aufreten können, gestützt auf die Gewerkschafts-Internationale und auf die Tatsache, daß auch die kapitalistischen Machthaber

der Entente den Bogen nicht überspannen können. Wenn die Entente ihre vollen Machtmittel gegenüber Sowjet-Rußland nicht eingesetzt hat, so ist es für jeden Einsichtigen unverkennbar, daß sie es nur deshalb nicht getan, weil sie die Haltung der Arbeiter ihrer Länder, und insbesondere die der englischen Arbeiterpartei, der Labour Party, daran gehindert hat. Man wird mir vielleicht erwidern: Na, was haben denn die Arbeiter-Organisationen in anderen Ländern bei anderen Gelegenheiten in Wirklichkeit für uns getan? Das ändert nichts an der objektiven Feststellung, Lloyd George und seine Helfershelfer können keinen Krieg gegen Sowjet-Rußland führen, weil die englische Arbeiterklasse, in erster Linie die Labour Party, das nicht zuläßt. Und die französische Regierung wäre noch viel lieber und energischer eingeschritten, wenn sie gekonnt hätte. Etwas mehr konnte sie ja wagen wie die englische, weil die französische Arbeiterklasse weniger stark ist, wie in England. Die Kommunisten Rußlands, die dort die Macht in Händen haben, könnten in der Hilfeleistung der Proletarier anderer Länder viel weiter sein, wenn sie nicht die Arbeiter der anderen Länder dauernd vor den Schädel schlagen würden. Anstatt den Standpunkt zu verfechten: Spaltung um jeden Preis, sollten sie den international einzig richtigen Standpunkt vertreten: Wir wollen einander über unser taktisches Vorgehen im einzelnen keine Vorschriften machen, die Hauptsache ist, daß wir über die Grundlagen im Kampfe für den Sozialismus einig sind. Würde diese Auffassung auf Sowjet-Rußland und alle anderen Länder übertragen, nähme man davon Abstand, — das tritt in seiner schlimmsten Auswirkung immer mehr in Erscheinung! —, die Arbeiter-Organisationen aller Länder zu spalten, würden sich vielmehr die Proletarier aller Länder brüderlich die Hände reichen, dann würde auch die Unterstützung der Proletarier der Westmächte gegenüber Sowjet-Rußland viel intensiver und nachhaltiger sein können. Selbstverständlich haben wir auch kürzlich auf dem Londoner Kongreß der Gewerkschaftsinternationale den Standpunkt vertreten: Es sichts uns nicht an, ob man uns als „gelb“ bezeichnet, das ändert auch nichts an unserer solidarischen Stellung gegenüber Sowjet-Rußland. Doch wir haben eine ganz andere Machtstellung und der proletarische Kampf birgt in sich ganz andere Werte, wenn die Arbeiter der ganzen Welt brüderlich zusammenstehen. Dann haben wir einen ganz anderen geistigen moralischen Einfluß, wie wenn wir den Kampf nur immer im eigenen Lager führen müssen. Dann würde es nicht mehr vorkommen, daß wir für unsere russischen Arbeitsbrüder jederzeit eintreten und werden dafür von kommunistischer Seite als gelb u. a. beschimpft und durch den Dreck gezogen. Würde es dazu kommen, daß die deutsche Arbeiterklasse den Sozialismus verwirklichen wollte und die Ententemächte stellten sich hindernd in den Weg, dann bin ich fest überzeugt, könnten wir von den Arbeitern der Westmächte mit Recht solidarische Hilfe beanspruchen und sie würde uns auch zuteil. Ich habe die Zuversicht, daß in dem Maße, wie bei uns Einsicht, Willens- und Tatkraft wachsen, dies auch in den Ländern der Entente eintritt und dann würden auch die gemachten Einwände verschwinden. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Voraussetzungen für den Sozialismus sind gegeben und hätten wir vor zwei Jahren den wirtschaftlichen Umbau vorgenommen oder vornehmen können, dann

hätten wir heute eine ganz andere Rechnung aufzumachen. So haben wir seit zwei Jahren wirtschaftlich kein Plus, sondern ein ungeheures Minus aufzuweisen und je länger wir warten, desto schlimmer wird es. Es denkt kein Mensch daran, daß wir etwa erst durch ein kapitalistisches Fortwursteln die Wirtschaft zur Umstellung reif machen können. Das geht nicht an. Wir müssen der Welt beweisen können, daß durch den Sozialismus eine Steigerung der Produktion erreicht werden kann: sowohl technisch, wie durch Erhöhung der Leistungen, durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion — die wir gerade als Sozialisten propagandistisch in den Vordergrund stellen müssen — durch die Ausschaltung des Zwischenhandels usw. Es ist eine feststehende Tatsache, daß im Laufe der letzten Jahre in Deutschland von zehn Menschen drei im Zwischenhandel beschäftigt und bis auf einige Ausnahmen dort vollständig überflüssig sind. Diese müssen in den eigentlichen Produktionsprozeß mit eingestellt werden. Darauf ist hinzuweisen.

Auch dem Genossenschaftswesen muß als Aushilfsmittel der Gegenwart mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ich halte es für vollständig falsch, deshalb, weil die Entwicklung in den Genossenschaften sehr stark bürokratisch und nicht nur nach einer mehr reformistischen Seite hin eingeseht, ja fast zu einer halben Verbürgerlichung geführt hat, um den Genossenschaften nicht die notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen.

12. Industrieverbände.

Wir müssen, wenn wir die wirtschaftlichen Fragen wirksam behandeln wollen, dazu übergehen, den geistigen Einstellungsprozeß von Hand- und Kopfarbeitern vorzunehmen. Damit komme ich zur Schaffung von Industrieverbänden für Hand- und Kopfarbeiter. Im A.D.G.-B. haben wir diese Frage sehr eingehend erörtert. Auf unseren Antrag hin ist eine Kommission gewählt worden und wir sind an der Arbeit. Man hat uns höhnisch eine „Studienkommission“ genannt und gesagt: Dabei wird doch nichts herauskommen. Wie weit sind wir? Wir dürfen uns nicht mehr in den einzelnen Industriezweigen in hunderten Verbänden und Verbändchen zersplittern, sondern wir müssen uns nach Industriegruppen zu großen, leistungsfähigen Organisationen zusammenschließen. Die Kommission, der auch ich angehöre, ist an der Arbeit, um die einzelnen Vorschläge zu prüfen, etwaige Einwände zu hören usw., um dann konkrete Vorschläge zu machen, darüber eine Verständigung herbeizuführen, diese in den Massen zu propagieren und auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß, der auch ein außerordentlicher sein kann, eine Entscheidung herbeizuführen. Nach den Vorgängen in anderen Verbänden und durch die sachlichen Gründe der Usa-Vertreter haben wir uns in der Kommission davon überzeugen müssen, daß im Augenblick die Situation für die Verschmelzung der Hand- und Kopfarbeiter in einheitliche Verbände noch nicht reif ist, und zwar aus folgenden Gründen: Die Kopfarbeiter sind erst nach der Revolution in die Verbände geströmt, z. B. den Bund der Techniker, den Verband der Angestellten uim. Die Usa

hat zur Zeit schwere Konflikte auszufechten, ich erinnere an den Konflikt mit dem Werkmeisterverband, der 135 000 Mitglieder umfaßt. Ist es nun ein Vorteil für uns, wenn wir der Entwicklung in den Angestellten-Organisationen Schwierigkeiten bereiten? Nein, das kann gar nicht unser Interesse sein. Die Angestellten-Organisationen haben noch vielmehr wie die Arbeiterverbände mit den bürgerlichen Konkurrenz-Organisationen zu rechnen. Fassen wir das alles ins Auge, so kommen wir zu dem Ergebnis: Würden wir heute unter allen Umständen einen Verschmelzungsprozeß herbeiführen, dann würde ein Teil der Kopfarbeiter zurückfluten in bürgerliche Konkurrenz-Organisationen; wir würden den Entwicklungsprozeß im Augenblick nicht fördern, sondern hemmen. Und darum schlägt man uns vor, daß wir ins engste Kartellverhältnis miteinander treten. Ich bin der Auffassung, wollten wir im Augenblick die Verbände für Hand- und Kopfarbeiter schaffen, so würde uns das manche Nuß zu knacken geben. Wenn hier und da gesagt wird: „alle Widerstände sind zu brechen,“ dann müssen die Betroffenen erst sagen, wie sie es anfangen wollen, um diese Widerstände zu brechen, das ist leichter gesagt wie getan. Angenommen, wir würden 14—16 Industrieverbände bekommen und die Kopfarbeiter in der Usa würden ihre organisatorische Gliederung in ähnlicher Weise vornehmen und wir würden in ein enges Kartellverhältnis miteinander kommen, dann würde das ein erheblicher Fortschritt gegen heute sein. Doch wir wollen nicht nur einen Zweibund, sondern einen Dreibund. Wir sind zur Zeit dabei, neben den Hand- und Kopfarbeitern einen Beamtenbund zu schaffen und wenn wir es fertig bringen, hunderttausende von Beamten, die heute mit ihrem Gefühl bei uns sind, zum Teil noch schwanken, in einen freierorganisierten Beamtenbund zusammenzuschließen und wir hätten dann den A.D.G.-B., die Arbeiter- und den Beamtenbund, so würde dieser Dreibund zweifellos für die Gewerkschaftsbewegung einen großen Fortschritt bedeuten.

13. Eine Arbeiter-Akademie.

Der A.D.G.-B. beschäftigt sich zur Zeit neben anderen Aufgaben auch mit der Bildungsarbeit. Ich weise auf einen Artikel in Nummer 18 der Betriebsräte-Zeitschrift über die Arbeiterakademie hin. Es ist seit über einem Jahre das Bestreben vorhanden, der Frankfurter Universität eine Arbeiterakademie anzugliedern. Was soll damit erreicht werden? Es soll eine besondere Universitäts-Abteilung gegründet werden, wo nicht die Söhne der bestehenden Klasse Aufnahme finden, sondern in die die Vertreter der Gewerkschaften zum Studium entsandt werden. Das haben wir in dem Artikel besprochen. Wir stehen dem Plan in unserem Vorstand, wie im A.D.G.-B. durchaus sympathisch gegenüber. Zunächst zeigte sich zwei Strömungen: Die eine ging dahin, die Arbeiterakademie abzulehnen und die andere, die Arbeiterakademie zu propagieren. In der letzten Sitzung des A.D.G.-B. wurde von der einen Seite betont, was uns not tut, ist nicht das Studium an einer Arbeiterakademie. Näher liegt uns eine Massenbildung und diese könne sich natürlich nicht auf einen so langen Zeitraum erstrecken, sondern müsse in kurzer Frist durchzuführen versucht werden. Es handle sich nur darum, den Massen Grundbegriffe

der Wirtschaft beizubringen. Die eine Seite lehnt daher die Arbeiterakademie ab und empfiehlt Einrichtungen, wie sie an der Universität in Münster für Betriebsräte geschaffen wurden. Wir vertreten den Standpunkt, das eine tun und das andere nicht lassen. Es ist für uns notwendig, daß eine Schulung unserer Verbandsfunktionäre und eine Schulung der Betriebsräte im weitesten Maße in die Wege geleitet wird und wir sollten damit nicht lange mehr warten. Aber die Schulung breiter Massen kann nur eine bedingte Zeit in Anspruch nehmen. Wir haben in dem Artikel auch Vorschläge, zunächst unverbindlicher Art, entwickelt. Würde unsere Organisation, die als erste sich das leisten könnte und eigentlich leisten müßte, dazu übergehen, drei oder vier Lehrer für volkswirtschaftliche und Betriebsräte-Fragen anzustellen und kurzfristige Kurse von etwa einem Monat in den einzelnen Bezirken eröffnen, so würde das große Mittel beanspruchen. Trotzdem muß dies geschehen.

Es ist nicht zu verkennen, daß eine planmäßige Durchbildung unserer Funktionäre in allen Fragen, die sie emigermassen beherrschen müssen, für unsern Verband noch gewaltige Vorteile bringen würde. Wenn ich die Frage stelle: Wer will einem solchen Kursus beimohnen, oder die Arbeiterakademie besuchen und sich noch einmal auf die Schulbank setzen, dann möchte ich den sehen, der das ablehnt. Es ist keine Frage, daß wir alle noch viel lernen können und müssen. Und für keinen von uns ist es zu spät. Es gibt doch nichts Schöneres als zu lernen. Wer würde nicht gern ein halbes oder ein ganzes Jahr aus dem Betriebe herausgehen, um sich dem Studium wirtschaftlicher Fragen zu widmen? Nun fragt es sich, sollen wir, wenn wir die Massendurchbildung voranstellen, den andern Plan aufgeben? Wir haben am 8. 1. d. Js. in Frankfurt a. M. wieder mit Vertretern der verschiedenen Ministerien eingehende Beratungen gepflogen, um zu einer Einigung zu kommen. Ich muß sagen, der Gang der Verhandlungen hat mich nicht in allen Teilen angenehm berührt, das ändert mich über nicht, dem Gedanken selbst nach wie vor das Wort zu reden. Vom U. D. O. B. wie von unserem Vorstand wurde erklärt, es geht nicht an, unsere Leute vier Semester, — wie ursprünglich geplant — also zwei Jahre, auf die Arbeiterakademie zu entsenden; das halten wir für unmöglich, so wünschenswert es auch wäre. Wenn nun von den Gewerkschaften insgesamt etwa hundert Mann entsandt werden, so würden aus unserm Verband 15—20 Mann entfallen. Nun wurde am 8. 1. d. Js. erneut vier Semestern das Wort geredet. Darauf haben wir erwidert: Wir nehmen nicht die ersten besten, wir nehmen nur Leute mit Lebenserfahrung und guter Vorbildung. Doch es geht nicht an, daß wir jemand zwei Jahre aus dem Betriebe herausholen denn er wäre nach Ablauf dieser Zeit kaum mehr in der Lage, sich wieder in den Betrieb zurückzufinden. Wir leben so schnell, daß einer schon nach einem halben Jahre sehr viel nachholen und jetzt einsehen muß, will er nicht seinen Kollegen gegenüber vollständig abfallen. Nun drehte sich die Differenz noch um die Frage, ob ein halbes oder ein ganzes Jahr? Wir haben zweierlei gefordert: 1) Ausschlaggebender Einfluß auf Lehrmittel, Lehrgang und Lehrer; 2) ein Semester von vier Monaten und zwei Monate Nachkursus mit unsern Lehrkräften. Dem hat man ein ganz entschiedenes Nein entgegengestellt. Ganz besonders der preußische Finanzminister erklärte: Das ist unmöglich. Nun gebe ich zu, ein Semester von vier Monaten ist für eine umfassende, gründliche Durchbildung zu wenig. Bewußt, auch in zwei Semestern ist es nicht möglich, neben der Volkswirtschaft noch Naturwissenschaft, Staatswissenschaft und pädagogische Fragen durchzunehmen. Aber wir könnten insofern eine Abänderung eintreten lassen, daß wir uns auf das Nötigste beschränken, nämlich auf die

Volks- und Volkswirtschaft, denn das sind Fragen, deren Kenntnis in erster Linie nottut. Aber auch da erklärten die Vertreter der Ministerien, das ist in einem Semester nicht zu machen und nach vielem Hin und Her schlugen sie ein Jahr vor. Wir haben uns schließlich dahin geeinigt: Rund zwei Semester zu je vier Monaten und zwischen dem ersten und zweiten Semester vier Wochen Pause, so daß im Ganzen neun Monate in Frage kommen. Im zweiten Semester sollen auch besondere Lehrkräfte mit herangezogen werden, die auf dem Boden unserer Weltanschauung stehen. Es wurde u. a. auch ausgeführt, wenn die Genossen mit Erfolg das Studium durchgeführt hätten, könnten sie als Landräte, Regierungsräte und Sachbeiräte in den einzelnen Verwaltungszweigen Verwendung finden. Doch daran denken wir nicht. Wir schicken die Leute natürlich nicht auf die Akademie, damit sie später in andere Posten übergehen, sondern für unsere eigenen Bedürfnisse in den Gewerkschaften. Es geht nicht an, daß man das Gewerkschaftsgeld dazu benützt, um die Gewerkschaftler für den Staatsdienst umzubilden. Wenn wir auf Lehrgang und Lehrkräfte Einfluß bekommen, wäre dem Gedanken der Einrichtung einer Arbeiterakademie zuzustimmen. Denn gelingt es uns auch nur etwa 100 Genossen jedes Jahr planmäßig durchzubilden, so ist das auf jeden Fall ein reines Vorteil für die Gewerkschaften. Das erfordert Mittel; doch die Gewerkschaften müssen Mittel für das Bildungswesen bereitstellen.

14. Neuwahl der Betriebsräte.

Die Neuwahl der Betriebsräte naht. Der zur Wahl der Betriebsräte im vorigen Jahre gefasste Beschluß ist in diesem Jahre noch einmal zu unterstreichen. Wir verlangen von unsern Kollegen, daß er überhaupt freige werkschaftliche Listen und Kandidaten aufgestellt werden. Es geht nicht an, wie wir in einzelnen Fällen wieder beobachten können, daß einzelne politisch besonders eifrige eigene Listen aufstellen, und sich so mehrere Listen reorganisirter Arbeiter gegenüber sehen. Und es geht ebensomenig an, daß unsere Kollegen mit den schlimmsten Schädlingen der freien Arbeiterbewegung, mit den Christlichen, Nisch-Duncker'schen, Antonisten usw. gemeinsame Sache machen. Daraus ist mit Nachdruck hinzuweisen. Wer die Politik verfolgt, mit den Feinden der modernen Genossenschaftsbewegung zusammenzugehen, hat die Konsequenzen daraus zu ziehen. Auf diese Folgen weise ich hin.

15. Aktionen.

Von verschiedenen Seiten wurde die Forderung an uns gestellt, zu bestimmten Aktionen überzugehen. Wie wir die politischen und wirtschaftlichen Fragen behandeln müssen, wie wir den A. D. G. B. einzustellen haben, habe ich eingehend hervorgehoben; ich hoffe, diese Ansicht wird von allen geteilt. Wie wir dabei im einzelnen die Aktionen vorwärts treiben müssen, das kann natürlich hier nicht von vornherein festgelegt werden. Wir können nicht bei jeder Forderung sagen: Dahinter stellen wir den Generalsstreik. Selbstverständlich bleibt für uns bestehen: erheben wir Forderungen, leiten wir Aktionen ein, dann wird je nach der Situation und Notwendigkeit die gesamte Kraft des Proletariats in den Gewerkschaften entziffert werden müssen und was wir dann bedürfen, ist eine geschlossene Kampffront.

16. Die Stuttgarter Forderungen u. a.

Nun komme ich zu den sogenannten fünf Stuttgarter Forderungen, die einen Teil unserer Kollegen schon beschäftigt haben. Ich lehne es ab, in diesem Augenblick auf bestimmte Begleiterscheinungen einzugehen, sondern will mich darauf beschränken, rein sachlich diese Forderungen zu behandeln. Die Stuttgarter Forderungen sind Ihnen jedenfalls ziemlich bekannt geworden und in ähnlicher Sinne sind auch Forderungen von Berlin in einem vom Oskar Ruff unterzeichneten Zirkular gestellt worden. Das sind die zwei Forderungen, die an uns gelangten und die ich kurz besprechen will. Uns soll nur die Kernfrage beschäftigen. Die Stuttgarter Forderungen lernen wir zuerst in der roten Fahne kennen. Die Stuttgarter Kollegen halten in der Dr. S. Verwaltung einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Ehe dieser an die Generalversammlung kam, die inzwischen auch dazu Stellung genommen, haben diese Forderungen den Weg in die Presse gefunden. Ehe sich der Vorstand damit beschäftigen konnte, haben wir bereits „Arbeitervertreter“ und andere derartige Lebensmüdigkeiten zu hören bekommen. Doch daran sind wir gewöhnt, geht doch fast kein Tag zur Neige, wo uns nicht dergleichen Dinge an den Kopf geworfen werden.

Wie lauten nun die Stuttgarter Forderungen?

Die erste Forderung ist: „Gegen den Wucher, für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände.“

Was dazu zu sagen ist, habe ich bereits dargelegt. Wer behauptet, daß an dem Gebiete bisher nichts geschah ist, der weiß es nicht oder spricht wider besseres Wissen. Unsere bisherige Tätigkeit auf dem Gebiete ist nachzuweisen durch unzählige Verhandlungen unserer Vertreter, die im Parlament, in den Kommissionen u. a. den Kampf aufgenommen. Auch der A. D. G. B. hat sowohl durch seinen Vorstand und Ausschuß, wie durch Verhandlungen u. a. diese Fragen mit aller Gründlichkeit behandelt.

Forderung 3: Für die Beseitigung des Steuerabzugs, für die Einbeziehung der Besitzsteuer und großen Vermögen.

Darüber herrscht Einmütigkeit. Den zehnprozentigen Steuerabzug wüßte an sich wohl niemand. Die Einziehung der großen Vermögen durchzuführen und die Lösung der Steuerprobleme ist eine Frage der Macht.

Forderung 4: Für die Kontrolle der Rohstoffgewinnung, der Betriebe, der Lebensmittelgewinnung und Verteilung durch Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften.

Wir haben im A. D. G. B. mit voller Unterstützung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes diese Dinge propagiert. Ich habe dem also nichts hinzuzufügen.

Forderung 5: Entwaffnung der Orgesch und Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften.

Soweit die Entwaffnung der Orgesch in Frage kommt, habe ich Eingangs bereits das Nötige gesagt. Anders steht es mit der Bewaffnung der Arbeiter. Hier müssen wir uns klar darüber werden, was können wir unter dem Friedensvertrag, dem Abkommen von Spa und dem Entwaffnungsabkommen erreichen und welche Wege können wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen einschlagen?

Nun komme ich zur Forderung 2: Für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpassung der Exportlostenunterstützung an die Verdienste der in Arbeit stehenden auf Kosten der Arbeitgeber.

Der Kernpunkt ist zunächst die finanzielle Unterstützung. Wir fordern, daß die Unterstützungsfähigkeit das Existenzminimum erreichen. Gerade in dieser Frage haben wir uns seither nach allen Seiten hin und nicht ohne Erfolg bemüht. Wenn unseren Forderungen nicht vollinhaltlich Rechnung getragen worden ist, so liegt das an den Machtverhältnissen. Die bürgerlichen Parteien haben im Reichstag stets unsere weitergehenden Anträge abgelehnt. Wir haben noch in den letzten Tagen in Berlin eine neue Sitzung des in Betracht kommenden Ausschusses verlangt, um zur Erwerbslosenunterstützung erneuert Stellung zu nehmen. In der produktiven Erwerbslosenfürsorge muß viel mehr geschehen. Auch von den Kommunen rührt sich nur ein kleiner Teil, während weite Gebiete, sowohl Groß- und Kleinstädte, wie Landgemeinden bisher völlig versagt, auch vom Reich keine Mittel für produktive Erwerbslosenunterstützung einforderten. Was die allgemeine finanzielle Unterstützung anbelangt, so haben wir diese Forderung an Reich, Staat und Kommunen zu stellen. Auch hier haben wir uns natürlich die Frage vorzulegen: Was liegt im Bereich des Möglichen? Nun zur Kernfrage: Es wird verlangt Ausnahme der vollen Produktion. Was sagt dazu das erwähnte Rundschreiben Ruch = Berlin:

„Der Vorstand wird verpflichtet, seine gesamten Nachtmittel in Anwendung zu bringen, um 1) die Entgliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß zu erzwingen, 2) Aushebung der Akkordarbeit und der Ueberstunden.“

Die Forderung bezgl. der Ueberstunden ist sicherlich einfach zu lösen. Anders ist es mit der Aushebung der Akkordarbeit. Ich würde empfehlen, daß die Antragsteller zunächst unter ihren Mitgliedern eine geheime, unbekanntete Abstimmung darüber vornehmen würden, ob sie die Aushebung der Akkordarbeit für sich ernstlich verlangen. Ich fürchte, selbst in dem sicherlich nicht reformistisch veranlagten Berlin würde es diverse Betriebe geben, die uns bei einer geheimen Abstimmung über die Frage: „Fallenlassen der Akkordarbeit oder nicht?“ manche Ueberraschung bringen würden. Der Vorstand hat in den langen Jahren die Erfahrung gemacht, daß Theorie und Praxis auf keinem Gebiete so verschiedene Dinge sind wie bei der Ausschaffung der Akkordarbeit. Mit dem Egoismus hat letzten Endes auch der Vorstand zu rechnen. Die Ortsverbände können leicht Forderungen aufstellen, sodaß sie deren Durchführung einfach auf den Vorstand abwälzen. Aber wir wollen uns selbst nichts weiß machen. Schon 1907 wurde auf unserem Münchener Verbandstag beschlossen, die Forderung „Beseitigung der Akkordarbeit“ aus dem Statut zu streichen. Und nun kommt man heute wieder mit dieser Forderung. Im Rundschreiben Ruch heißt es unter 3: Die nach der Durchführung von 1 und 2 geforderten Maßnahmen noch verkürzt arbeitende Betriebe sind auf die volle Höhe der Produktion zu bringen, bezw. geschlossene Betriebe wieder zu eröffnen. Aber, wenn die Wirtschaftskrise herrscht, wenn aus Mangel an Aufträgen die Arbeitszeit verkürzt wird, wie sollen dann wir als Vorstand mit unser ganzen Machtfülle diese Betriebe auf die volle Höhe der Produktion bringen? Wenn ich die Statistik über die volle Höhe der Produktion in Friedenszeiten anführe und dazu in Vergleich stelle die heutige Produktion, soweit dieselbe an Hand von Rohmaterialien, Kohlen, Eisen, Erzen usw. möglich ist, also wenn ich bloß die Zahlen sprechen lassen würde, dann würden die Zahlen erkennen lassen, wie unglaublich leichtfertig solche Parolen in die Massen geworfen werden. Es ist ja sehr einfach, schnell ein paar Forderungen aufs Papier zu werfen, aber wir müssen die Antragsteller ernstlich bitten, uns doch einmal sachlich

Mitzuteilen, wie sie sich die praktische Durchführung vorstellen. Mir dünkt, es gibt vielleicht manche, die sprechen heute über Karl Marx, Engels und andere, aber wenn sie sich nur einmal die Mühe nehmen und die Tage in die Bücher dieser Männer stecken würden, dann würden sie einen anderen Begriff von Gefahren der Krisen und Zusammenhängen im Wirtschaftsleben der Völker bekommen.

Diese Forderungen sind wirklich bezeichnend dafür, wie wenig tief die sozialistische Erkenntnis in den Kreisen eingedrungen ist, die sich marxistisch revolutionär durchgebildet nennen. Wir sollen nicht nur vom revolutionären Gefühl, sondern auch von sozialistischer Erkenntnis durchdrungen sein. Doch es ist vielleicht ganz gut, wenn diejenigen, die uns stets mit so ernsten Vorwürfen aufwarten, mit solchen Dingen kommen. Es ist für sie natürlich viel schwerer, mit sachlichen Argumenten aufzuwarten, wie mit Phrasen, hinter denen nichts steckt. Ich muß mich allerdings über die Taktik wundern, die man anwendet. Da heißt es im Rundschreiben Ruch: Wer Sabotage irgendwelcher Art an der Durchführung der genannten Forderungen begeht, kann nicht mehr als Vertrauensmann der Arbeiterschaft bezeichnet werden und wird aufgefordert von seinem Posten abzutreten.

Das ist wirklich sehr erdacht. Wer mit sozialistischen Anschauungen an diese Frage herantritt und erklärt, die Forderung „volle Produktion“ ist zur Zeit im kapitalistischen Staat praktisch nicht zu verwirklichen, wer also nach sozialistischer Erkenntnis und Ueberzeugung handelt, der soll von seinem Posten abtreten. Das ist bezeichnend. Und dann sagt man in der Anlage I des Rundschreibens: „Von dem Kollegen Dikmann wird erwartet, daß er sein Bestes in dieser Sache hergibt.“ Ich bin gern bereit, mein Bestes herzugeben; soweit es sich um sachliche Möglichkeiten handelt, geschieht es und wird auch weiter geschehen. Ich möchte den Gewerkschaftler kennen lernen, bei dem nicht die Not und das Elend der Arbeitslosen die tiefste Empfinden auslösen würde. Ich brauche nicht zu betonen, daß uns mit den Arbeitslosen die weitgehendste Solidarität verknüpft. Wehrt sich nicht anders, dann sollen unsere Kollegen lieber die Arbeitszeit verkürzen und selbst ein Stück Not und Entbehrung mit auf sich nehmen, als einen Teil der Belegschaft der Arbeitslosigkeit preiszugeben. Solidarität brauchen wir uns nicht erst von andern erzählen zu lassen. Das haben wir uns seit 25 Jahren an den Stiefelsolen abgelaufen. Heute wird manches als neue Binsenwahrheit hingestellt, was wir längst hinter uns haben. Aber es geht nicht an, uns aufzufordern, in Aktionen einzutreten, für Forderungen, die augenblicklich nicht durchführbar sind. Letzten Endes müssen wir doch darauf achten, daß man uns ernst nimmt.

17. Der „Offene Brief der U. K. P. D.“

Im Zusammenhang mit diesen Forderungen einige Worte zu dem „Offenen Brief der U. K. P. D.“, der am 10. Januar d. Jz. er-

schien: Der „Offene Brief“ enthält einen „Aufruf zur Aktion“ und ladet die sozialistischen Parteien, sowie den A.D.G.-B. und die Angestelltenverbände zur „Teilnahme“ ein. Am 10. 1. erschienen, stellt der Aufruf an die Parteien und Gewerkschaften das „Ultimatum“, sich bis zum 13. 1. zu entscheiden. Selbstverständlich, daß die KPD., als die „einladende“ Partei, keinen Augenblick aufhörte, uns in echt „brüderlicher“ Weise auch in der Frist des dreitägigen Ultimatus mit den gewohnten Beschimpfungen zu traktieren. Kennte man die beliebten Methoden der uns zur „gemeinsamen Aktion“ einladenden Partei nicht zur Genüge, so müßte allein die äußerste Aufmachung, die mit diesem Aufruf verbunden ist, einem jeden nachdenkenden Arbeiter zeigen, daß es der KPD. bei ihrer „Einladung“ nicht darauf ankommt, in brüderlicher Solidarität und gemeinsamer Aktion für die Interessen des Proletariats zu wirken, sondern das Ganze entpuppt sich bei näherem Zusehen als ein plummes Manöver, das der KPD. lediglich dazu dienen soll, ihr engeres Partei Süppchen kochen zu können. Dieses jedermann erkennbare Machwerk enthebt uns der Aufgabe, auf die in dem „Offenen Brief“ aufgestellten Forderungen im einzelnen einzugehen. Begnügen wir uns daher, nur die unter 1a aufgestellten Forderung heute hervorzuheben. Sie lautet:

„Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten! Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute, sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zu geschlossener Aktion.“ Handelt es sich um die Führung von Lohnkämpfen oder um andere konkrete Aufgaben der Gewerkschaften, so führen wir als Gewerkschaften diese Lohnbewegung selbst und selbstverständlich durch. Daher sagen wir hier höflichst und bestimmt: verschont uns mit Euren Vorschlägen. Erfahrungen lehren uns, was wir in den Gewerkschaften zu tun haben. Die Bergleute und Eisenbahner führen ihre Bewegung selbst und wenn es der Unterstützung weiterer Kreise bedarf, so ist der A.D.G.-B. die berufene Stelle dazu. So wie die einzelnen politischen Parteien ihre Aufgaben selbständig regeln, so trifft dies umgekehrt für die Gewerkschaften zu.

Nicht Sorge um das Wohl der Arbeiterklasse, keine ehrliche Förderung der proletarischen Einheitsfront trieb die KPD. zu ihrem „Offenen Brief“, sondern der Zweck der Uebung ist auch hier ein offensichtlicher. Man ruft nach Aktionen. Was kümmert es jene, ob diese Kämpfe, die inmitten der jetzigen schweren Wirtschaftskrise entfesselt werden, mit einer Niederlage der Arbeiter enden! Die nach erfolglosen Kampfe steigende Not weiterer Arbeiterschichten, die so vermehrte Zahl der Arbeitslosen wird von der KPD. für ihre engeren Parteiinteressen auszunützen versucht. Doch die Verantwortung für diese Kämpfe zu übernehmen, fällt den Herrschaften nicht ein. Gehts schief, hat man ja die Gewerkschaftsbürokraten, die „gelben“ Amsterdamer, die „Konterrevolutionäre“ usw. als Sündenbock, die KPD. wäscht ihre Hände in „Unschuld“ und die Arbeiter zahlen die „Zeche“.

Die Vorgänge bei Loewe und Borfig-Berlin sind bekannt. Auch hier das gleiche triivole Spiel. Erst peitscht man die Arbeiter auf, und es

kommt zur „Teilaktion“, die Firma behauptet ihren Standpunkt, weitere Maßnahmen werden angekündigt und die Arbeiter liegen draußen. Dann ruft die RPD. zum Generalfstreik. Lehnen dann die übrigen Arbeiter diese planlosen Streiks in dieser schweren Wirtschaftskrise ab, so hat man wieder einmal Stoff, um die Gewerkschaftsführer in Acht und Bann zu erklären. Dabei ist doch Tatsache, daß die Unternehmer auf der ganzen Linie auf der Lauer liegen und wo man kann, benutzt man die Gelegenheit, um die Arbeiter auf die Strecke zu bringen. So steht es heute. Verantwortungslose Personen sind es, die die Arbeiter in diese wilden Streiks hineinzutreiben suchen. Die Gewerkschaft versucht man auszuschalten. Hört das Treiben dieser gewissenloser Elemente — einen anderen Ausdruck habe ich dafür nicht — nicht auf, dann bin ich überzeugt, die Unternehmer werden keinen Augenblick vor den schärfsten Maßnahmen zurückschrecken, um die Wirtschaftskrise für ihre Zwecke auszunutzen. Werden so die Kämpfe planlos und unbekümmert ihrer Folgen inszeniert, und es kommt schließlich dazu, daß die Arbeiter ausgesperrt werden, dann ruft man selbstverständlich die Organisation um Hilfe an. Es ist aber für die Organisation unmöglich, daß sie Kämpfe unterstützen kann, die so angebrocht und angezettelt werden und die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Die Mittel der Gewerkschaften sind nicht dafür da, daß sie nutzlos vergeudet werden. Was soll es weiter bedeuten, wenn angeblich „zu Gunsten der Arbeitslosen“ inmitten dieser Krise die in Arbeit Stehenden während der Arbeitszeit zu Demonstrationen aufgefordert werden und dann entlassen werden. So geschah es in jüngster Zeit in diversen Orten. Der Erfolg? Das Heer der Arbeitslosen wird vergrößert. Das Bedauerliche ist, daß die Kollegen unter diesen Wirkungen zu leiden haben. Wir haben jeden Kollegen zu beklagen, der auf der Straße liegt und für sich und seine Familie das Opfer auf sich nehmen muß. Die Drahtzieher tragen die Opfer nicht, sondern in Wirklichkeit die so irreführten Arbeiter. Daß wir diesen Dingen nicht tatenlos zuschauen können, ist selbstverständlich. Die Pflicht wingt uns zur Selbsterhaltung der Organisationen. So geht es nicht weiter. Wir könnten aus dem letzten Jahre eine ganze Musterkarte solcher Vorkommnisse vorführen. Doch die gemachten Hinweise dürften genügen. Noch auf eine Wahrnehmung ist hinzuweisen: Wer will behaupten, daß wir heute noch bei den Arbeitgebern denselben Respekt genießen, wie vor Jahren. Das trifft nicht zu. Die Unternehmer sind heute übermütig geworden durch ihre Machtfülle in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht und triumphieren über die Zerissenheit der Arbeiterklasse. Es ist Zeit, einmal den Nachweis zu führen, wie weit Arbeiterschichten geschädigt werden durch das gewissenlose Treiben in den eigenen Reihen. Es ist natürlich, daß dort, wo planlos draußlos gewirtschaftet wird, die Löhne weit zurückbleiben hinter den Orten, in denen die Gewerkschaftsgenossen planmäßig und zielbewußt vorgehen. Die Unternehmer verstehen es, aus den wilden Streiks z. B. für sich Kapital zu schlagen. Aus allen diesen Gründen haben wir die Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese planlosen Putzche und Streiks nicht weiter umhügreifen, sondern wir haben mit Umsicht und Tatkraft dafür zu sorgen, daß die entscheidenden Machtkämpfe in dem

Augenblick Inszeniert werden, wenn wir glauben, daß die Situation günstig ist, um den Kampf siegreich durchzuführen.

Täuschen wir uns nicht über den Ernst der gegenwärtigen Situation. Wir können niemanden mit Gewalt hindern, das zu tun, was er für gut findet. Aber wir unsererseits müssen es entschieden ablehnen, uns in Dinge heineltreiben, oder uns als Vorspann benützen zu lassen, für Zwecke, die weit ab von dem Wege liegen, den wir zu gehen haben. Das müssen wir mit allem Nachdruck betonen.

18. Die geschlossene Front.

Zum Schluß möchte ich noch eins unterstreichen: Wollen wir überhaupt Aktionen und wollen wir dieselben siegreich durchführen, wollen wir als Organisation lebenskräftig bleiben, dann ist erste Voraussetzung straffe Disziplin und Geschlossenheit in unseren Reihen. Der Zerrüttung, die wir im Laufe des letzten Jahres immer wieder beobachten mußten, und die den Unternehmern Wasser auf ihre Mühlen treibt, können wir nicht weiter ruhig zusehen. Wir müssen unsere volle Kraft zurückgewinnen, die allein in der Geschlossenheit der Gewerkschaften verbürgt ist. Die gesamten Hand- und Kopfarbeiter müssen in den freien Gewerkschaften eine geschlossene Kampffront darstellen, die nicht von andern, sondern von den Gewerkschaften selbst geführt wird. Darauf kommt es an. Ergreifen wir das, dann können wir den A.D.G.-B. wie die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale vorwärts bringen und ihnen die Aufgaben stellen, die die Zeit von uns verlangt. Bringen wir den festen Willen mit, die Forderungen unserer Zeit zu erfüllen, dann gelingt es uns, das Vertrauen der Arbeitermassen in weit stärkerem Maße als bisher zu gewinnen und festzuhalten. Dann wird auch jeder Versuch, unsere Geschlossenheit zu zerrütten, abprallen und wir können dann aus dem Chaos der jetzigen Zustände nicht hoffnungslos, sondern hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, trotz aller Not unserer Zeit. Dann sind wir in der Lage die schweren Aufgaben der Gegenwart zu lösen und damit einer besseren Zukunft die Wege zu ebnen.

Stuttgart, im Januar 1921.



18. 02. 87

7

M/22

A/S

18.02.07

7

Freie Universität



Berlin

x-rite

colorchecker CLASSIC

100mm
cm